
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.60959

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Zur Forschungsgeschichte und Methodendiskussion

HERBERT MAKS

ZUR INTERDEPENDENZ INNEN- UND AUSSENPOLITISCHER FAKTOREN IN BISMARCKS POLITIK IN DER LUXEMBURGISCHEN FRAGE 1866/67*

I

Die größte und auf jeden Fall am stärksten in Erinnerung gebliebene Leistung Bismarcks ist zweifelsohne die kleindeutsche Einigung von 1870/71. Trotzdem wird jeder, der sich mit der bismarckschen Politik beschäftigt, mit der Frage konfrontiert, welche Bedeutung der norddeutsche Bundeskanzler dieser Einigung beimaß und inwiefern er seine Innen- und Außenpolitik dieser Zielsetzung unterordnete. Bekannt ist die Bemerkung Jakob Burckhardts: »Man wird überhaupt mit der Zeit darüber klar werden, bis zu welchem Grade die drei Kriege aus Gründen der inneren Politik sind unternommen worden. Man genoß und benützte sieben Jahre lang die große Avantage, daß alle Welt glaubte, nur Louis Napoleon führe Kriege aus inneren Gründen. Rein vom Gesichtspunkt der Selbsterhaltung aus war es höchste Zeit, daß man die drei Kriege führte«¹.

Seit den siebziger Jahren haben mehrere Historiker die Auffassung vertreten, daß die Außenpolitik unter dem Primat der Innenpolitik zu betrachten sei. Der bekannteste Vertreter dieser Richtung, Hans-Ulrich Wehler, meint daß die große Zahl der internationalen Krisen während der Bismarckzeit auf die Störungen und Spannungen in der preußisch-deutschen Innenpolitik zurückzuführen ist². Demgegenüber haben Historiker wie Hillgruber, Hildebrand, Gall und Nipperdey hervorgehoben, daß die Außenpolitik einen autonomen Bereich darstellt und diese, was Preußen-Deutschland anbetrifft, in erster Linie in Beziehung auf die geographische Lage des Deutschen Reiches in der Mitte Europas untersucht werden muß (wobei allerdings die Bedeutung innenpolitischer Faktoren nicht verneint wird)³. Dieser Gegensatz⁴ kehrt

* Dieser Aufsatz beruht auf einer Arbeit, die im November 1991 unter dem Titel »Das Großherzogtum Luxemburg im Kräftespiel der europäischen Politik, 1839–1872« von der Fakultät der Humaniora der Universität Utrecht als Dissertation angenommen wurde und die voraussichtlich im Jahre 1998 in Buchform erscheinen wird.

1 Zitiert nach Joseph BECKER, Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866–1870, in: Michael STÜRMER (Hg.), Das kaiserliche Deutschland, Düsseldorf 1970, S. 75–88, S. 87.

2 Hans-Ulrich WEHLER, Bismarck und der Imperialismus, München 1969; DERS., Krisenherde des Kaiserreichs von 1871–1918. Studien zur Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970; DERS., Das deutsche Kaiserreich, 1871–1918, Göttingen 1973.

3 Andreas HILLGRUBER, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg 1972; Lothar GALL, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Wien 1980; Thomas NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1984.

4 Zu dieser Diskussion und weiteren Literaturhinweisen: Otto PFLANZE, Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, in: Historische Zeitschrift 234 (1982) S. 561–599, hier S. 562f.; Lothar GALL, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890, München, Wien 1984, S. 157–165; Klaus HILDEBRAND, Deutsche Außenpolitik 1870–1918, München 1989, insbesondere S. 93–106; Volker BERGHAIN, Germany and the Approach of War in 1914, Hong Kong 1993, 2. Auflage (1. Auflage 1973) S. 1–14.

zurück in der Kontroverse zwischen Becker⁵ und Kolb⁶ über die Ursachen des deutsch-französischen Krieges.

In diesem Aufsatz wird die Interdependenz innen- und außenpolitischer Faktoren in Bismarcks Politik in der luxemburgischen Frage untersucht. Das Großherzogtum Luxemburg, das mit den Niederlanden in Personalunion verbunden war, hatte bis zur Auflösung des Deutschen Bundes in 1866 zu diesem Staatenbund gehört. Preußen stellte aber auch nach der Auflösung des Deutschen Bundes noch immer, wie 1815 vereinbart worden war, die Besatzung der Festung der Stadt Luxemburg. Das Großherzogtum sollte 1867 den Anlass zu einer Krise zwischen Frankreich und Preußen bilden. Da im April 1867, während der luxemburgischen Krise, in Berlin die konstituierende Reichstagsversammlung zur Errichtung des Norddeutschen Bundes stattfand, läßt sich anhand von Bismarcks Politik in der luxemburgischen Frage der Einfluß innenpolitischer Faktoren auf die Außenpolitik untersuchen. Diese Wechselwirkung zwischen außen- und innenpolitischen Faktoren kann in bezug auf die luxemburgische Frage auch deswegen so gut untersucht werden, da es, anders als in den Monaten vor dem Ausbruch der Julikrise von 1870 der Fall gewesen ist, in den Monaten vor dem Ausbruch der luxemburgischen Krise intensive Verhandlungen zwischen Berlin und Paris gegeben hat⁷.

II

Die Zielsetzungen in der Außenpolitik Bismarcks bis 1866 bezogen sich in erster Linie auf eine Ausweitung der Möglichkeiten preußischer Außenpolitik⁸. Kurz nach seinem Antritt im Jahre 1851 war er als Bundestagsgesandter zu der Überzeugung gekommen, daß die Position, die Preußen innerhalb des Deutschen Bundes einnahm, nicht der wirklichen Macht dieses Staates entspräche, und seiner Meinung nach zu Unrecht von Österreich und dem Deutschen Bund in seiner Politik beeinträchtigt werde⁹. Bismarck widersetzte sich allerdings jeder Zusammenarbeit der preußischen Regierung mit der nationalliberalen Bewegung in der Form, wie sie 1848/49 in Erscheinung getreten war. Für ihn gab es nur einen Weg zur preußischen Hegemonie in Deutschland: Den deutschen Staaten sollte aufgezeigt werden, daß sie in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf Preußen angewiesen seien. Erstens sollte Preußen den Einfluß Österreichs in Deutschland auf ein Minimum reduzieren, und, wenn möglich, Österreich als Machtfaktor in Deutschland ausschalten. Zweitens sollte Preußen durch militärische Konventionen und Abkommen auf dem Gebiet des Handels, der Post und der Eisenbahnen auf jeden Fall die Gebiete, die durch ihre geographische Position auf Preußen angewiesen waren – und hier betraf es die norddeutschen

5 Josef BECKER, Zum Problem der Bismarckschen Politik in der Spanischen Thronfolge, in: *Historische Zeitschrift* 212 (1971) S. 529–607.

6 Eberhard KOLB, *Der Kriegsausbruch 1870: politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, Göttingen 1970.

7 Zu diesen Verhandlungen: Karl August SCHIERENBERG, *Die deutsch-französische Auseinandersetzung und die Luxemburger Frage dargestellt vor allem an der Luxemburger Angelegenheit des Jahres 1867*, Luxemburg 1933 (Publications de la Section historique de l'Institut Grandducal, 65); W. A. FLETCHER, *The mission of Vincent Benedetti to Berlin 1864–1870*, Den Haag 1965.

8 Vgl. Eberhard KOLB, *Großpreußen oder Kleindeutschland? Zu Bismarcks deutscher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt*, in: Johannes KUNISCH (Hg.), *Bismarck und seine Zeit*, Berlin 1992 (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge, Beiheft 1) S. 11–36.

9 Zum folgenden: GALL (wie Anm. 3) S. 127–172; Heinrich LUTZ, *Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866*, Berlin 1985, S. 394 ff., 304 f.; Vgl. Otto BECKER, *Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung* (Hg. Alexander SCHARFF), Heidelberg 1958, S. 67–73; In dieser wichtigen Arbeit wird die Politik Bismarcks zu sehr als kleindeutsch-nationale Politik betrachtet.

Staaten –, von sich abhängig machen¹⁰. Diese Ziele sind 1866 im preußisch-österreichischen Krieg mit dem preußischen Sieg über Österreich realisiert worden. Das Ausscheiden Österreichs, die Auflösung des Deutschen Bundes und die Errichtung des Norddeutschen Bundes sind beim Frieden von Prag am 23. August 1866 vereinbart worden. Die preußische Dominanz im außerösterreichischen Deutschland wurde noch weiter bestätigt, als die preußische Regierung im August 1866 mit Baden, Württemberg und Bayern Schutz- und Trutzbündnisse abschloß. Diese Verträge wurden allerdings zunächst geheim gehalten, da beim Frieden von Prag vereinbart worden war, daß die süddeutschen Staaten die Möglichkeit erhalten sollten, einen international unabhängigen Südbund zu bilden.

Die französische Politik hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten wurde bis Juli 1866 von zwei Tendenzen bestimmt¹¹. Konservative und Katholiken befürworteten eine traditionelle Politik, die Frankreich weiterhin die Möglichkeit einer Intervention in deutsche Angelegenheiten sichern sollte. Demgegenüber stand die Auffassung mehrerer Politiker wie Rouhers, de la Valettes und Persignys, die der Meinung waren, daß die französische Machtposition am Besten gesichert wäre bei einer europäischen Ordnung auf Grundlage von Nationalstaaten; Frankreich solle beim Zustandekommen dieser Ordnung eine entscheidende Rolle spielen. Auch in liberalen und republikanischen Kreisen neigte man zu dieser Auffassung. Obwohl dieser Gedanke sehr zukunftsorientiert war, blieb es zweifelhaft, ob Frankreich die von ihm in dieser Neuordnung angestrebte Führungsrolle würde spielen können, und deswegen war diese Politik nicht ohne Risiko. Im Laufe der sechziger Jahre hatte die Kritik am kaiserlichen Regime Napoleons III. zugenommen, und alle oppositionellen Gruppierungen, nicht nur auf der rechten, sondern auch auf der linken Seite, nahmen die kaiserliche Außenpolitik als Ausgangspunkt ihrer Angriffe. Deshalb bestand die Gefahr, daß sich die Erfolge Bismarcks auf die Position Napoleons III. ungünstig auswirkten.

Kurz nach dem Krieg, im August 1866, mischte die französische Regierung sich als Vermittler in den preußisch-österreichischen Konflikt ein und versuchte dabei, einige Grenzgebiete zu erwerben. Nachdem erste Versuche, preußische und süddeutsche Gebiete durch geheime Verhandlungen mit Bismarck zu erwerben, mißlungen waren, entschloß sich der französische Kaiser zu einem anderen Kurs, der vor allem vom Ersten Minister Rouher getragen wurde. Dieser führte zu dem bemerkenswerten Vorschlag, den der französische Gesandte Benedetti im September 1866 Bismarck machte: erstens wollte Frankreich den Norddeutschen Bund anerkennen und dafür von Preußen Unterstützung bei einer Einverleibung des Großherzogtums Luxemburg haben, und zweitens wollte Frankreich in Zukunft, sobald die deutsche Einigung in Gang gesetzt sein würde, von Preußen Unterstützung haben bei einer Annexion von Gebieten aus dem französischsprachigen Teil Belgiens. Das Abkommen sollte als ein Allianzvertrag, der die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen betonen sollte, abgeschlossen werden¹². Es wurde deutlich,

10 Bismarck, Die gesammelten Werke, 15 Bde., Berlin 1923–1935, I., S. 17; S. 218f; II., S. 321f; Ch. SEMPELL, The Rastatt dispute 1857–58. New light on Bismarck's policy in the federal Diet, in: *Journal of Central European Affairs* 11 (1952) S. 397–406; BECKER (wie Anm. 9) S. 73; Andreas KAERNBACH, Bismarcks Bemühungen um eine Reform des Deutschen Bundes 1849–1866, in: Oswald HAUSER (Hg.), *Preußen, Europa und das Reich*, Köln–Wien 1987 (Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, VII) S. 199–221.

11 Elisabeth FEHRENBACH, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, in: Eberhard KOLB (Hg.), *Europa und die Reichsgründung*, München 1980 (*Historische Zeitschrift*, Beiheft 6) S. 109–137, vor allem S. 118f.; Winfried RADEWAHN, Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870, in: Eberhard KOLB (Hg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch*, München 1987, S. 33–64.

12 Hermann ONCKEN, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71*, 3 Bde., Berlin Leipzig 1926, II., S. 85; S. 94f.

daß dieses Projekt auf der oben erwähnten Nationalitätenpolitik basierte, und so wurde der Plan von französischer Seite auch verteidigt. Es war auffallend, daß nur der Teil des Abkommens, der sich auf Luxemburg bezog, veröffentlicht werden sollte. Zur Beantwortung der Frage, welche Bedeutung die Einverleibung des kleinen Großherzogtums für Frankreich hatte, kann auf zwei entgegengesetzte Zielsetzungen hingewiesen werden:

1. Luxemburg bildete den Ausgangspunkt für eine weitere Ausdehnung des französischen Einflußbereichs in Belgien. Dieser Einfluß konnte auf zwei Weisen verwirklicht werden. Erstens wollte die französische Regierung durch den Erwerb des luxemburgischen Eisenbahnnetzes mehr Einfluß auf die belgischen Eisenbahnen ausüben¹³. Zweitens konnte Frankreich nach dem Erwerb Luxemburgs Belgien stärker unter Druck setzen, damit es einem französisch-luxemburgisch-belgischen Zollverein beiträt. Kurz nach Beendigung der luxemburgischen Krise, im Mai 1867, sollte die französische Regierung dazu noch Pläne entwickeln¹⁴.

2. Weiterhin sollte die Einverleibung Luxemburgs, und dies stimmte Bismarck sehr bedenklich, einen günstigen Einfluß auf die französische öffentliche Meinung ausüben. Da die französischen Wünsche hinsichtlich einer belgischen Einverleibung geheimgehalten werden sollten, konnte der luxemburgische Trumpf nur in einer Weise ausgespielt werden. Den machtpolitisch orientierten Kräften gegenüber sollte die kaiserliche Regierung argumentieren, sie habe es geschafft, mit dem Einverständnis Bismarcks das als deutsch geltende Großherzogtum zu erwerben, und habe damit die preußische Regierung und die nationale Bewegung Deutschlands voneinander getrennt¹⁵. Daß diese zwei Zielsetzungen in einem krassen Widerspruch zueinander standen, zeigte sich an der Tatsache, daß die erste auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Preußen beruhte, während die zweite gerade den preußischen Interessen entgegenstand.

Bismarck hat den Vertrag nie unterschrieben, und vier Jahre später sollte er, während des deutsch-französischen Krieges, den Text bekanntgeben mit dem Ziel, in England die öffentliche Meinung gegen Frankreich aufzuwiegeln¹⁶. Es ist unwahrscheinlich, daß er sich wirklich überlegt hat, dem Vertrag in dieser Form zuzustimmen. Eine feste Verpflichtung, mit Truppen Frankreich im Falle einer Annexion Belgiens behilflich zu sein, ging ihm sicherlich zu weit. Nachdem Bismarck in den letzten Jahren durch eine sehr vorsichtige und präzise geführte Diplomatie den Krieg mit Österreich vorbereitet und durchgeführt hatte, war er sicherlich nicht bereit, sich durch ein Offensiv- und Defensivbündnis, von dem übrigens auch die Dauer nicht festgelegt war¹⁷, an Frankreich zu binden. Obwohl nicht absehbar war, wie Großbritannien im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität reagieren würde¹⁸, war nicht auszuschließen, daß England, das ein großes Interesse an der Er-

13 Daß mit dieser Möglichkeit gerechnet wurde, sollte sich 1869 im belgisch-französischen Eisenbahnkonflikt zeigen. Paul HYMANS, *Frère-Orban*, 2 Bde., Brussel 1905, II., S. 154ff., 168f.; Ginette KURGAN-VAN HENTENRYK, *Le réseau de chemins de fer Prince-Henri et les intérêts français dans le Grand-Duché de Luxembourg (1868–1877)*, in: Raymond POIDEVIN, Gilbert TRAUSSCH (Hg.), *Les relations franco-luxembourgeoises de Louis XIV à Robert Schumann. Actes du Colloque de Luxembourg*, Metz 1978, S. 119–136, hier S. 125.

14 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 379f.; *Les Origines diplomatiques de la guerre de 1870*, Recueil de documents publié par le Ministre des Affaires Etrangères, 29 Bde., Paris 1910–1932, XVI, S. 370f.

15 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 81f.; Vgl. idem, S. 101–109; S. 140; S. 143–150; S. 165–168; Vgl. Randbemerkungen König Wilhelms, idem, S. 109.

16 HORST LADEMACHER, *Die belgische Neutralität als Problem der europäischen Politik, 1830–1914*, Bonn 1971, S. 239f.

17 Vgl. die Bemerkung Napoleons, Oncken (wie Anm. 12), II., S. 95.

18 Richard MILLMAN, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War*, Oxford 1965, S. 40ff.; S. 50ff.; Vgl. LADEMACHER (wie Anm. 16) S. 200–251.

haltung der belgischen Unabhängigkeit und Souveränität hatte¹⁹, auf die bisher verfolgte Politik der Nichtintervention verzichten würde und entweder intervenieren oder versuchen würde, mit Österreich und Rußland eine gegen Paris und Berlin gerichtete Koalition zu bilden. Ebenso wenig konnte ausgeschlossen werden, daß Rußland die Gelegenheit ergreifen würde, den Einfluß auf Südeuropa auszudehnen²⁰. In diesem Falle würde die preußisch-französische Abmachung über Belgien eine grundlegende Umwandlung des europäischen Mächtesystems zufolge haben, wobei das Ergebnis einer derartigen Änderung für Deutschland sehr ungewiß war. Angesichts der Tatsache, daß Bismarck in den Jahren 1866–1870 sich vor allem bemühen sollte, den Norddeutschen Bund zu konsolidieren und in diesem Zeitraum darauf verzichten sollte, die kleindeutsche Einigung mit Gewalt voranzutreiben, ist es wohl sicher, daß er auch damals, im Herbst 1866, nicht ernsthaft erwogen hat, sich lediglich mit dem Zweck einer deutschen Einigung vertraglich vollständig von der französischen Regierung abhängig zu machen.

Wenn auch der Vertrag unannehmbar für Bismarck war, so versuchte der Minister doch noch immer, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die belgische Frage abzulenken. Es ist nicht unmöglich, daß Bismarck sich überlegt hat, im Falle einer Annexion belgischer Gebietsteile eine neutral-wohlwollende Haltung zu betrachten. Entscheidend war allerdings, daß Bismarck weiterhin daran interessiert war, einen Bruch in den Beziehungen zu Paris zu verhindern, da Frankreich noch immer in der Lage war, Preußen Schwierigkeiten zu bereiten. Erst zu dieser Zeit, am 23. August, wurde unter Vermittlung des französischen Kaisers der Friede von Prag zwischen Preußen, Österreich und den übrigen Staaten geschlossen. Die Verhandlungen mit Frankreich über Belgien und Luxemburg wollte er denn auch nicht abbrechen. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß Bismarck diese Verhandlungen mit dem Ziel fortsetzte, eine Entzweiung zwischen Paris und London zu bewirken. Daß er diese Möglichkeit auf jeden Fall erwog, sollte sich vier Monate später zeigen. Am 14. Januar 1867 sollte Bismarck seinen Botschafter in London, Bernstorff, beauftragen, zu untersuchen, welche Bedeutung die Unabhängigkeit Belgiens für England habe. Wie aus dieser Anweisung hervorgeht, schien er zu erwägen, die französischen Annexionsgelüste hinsichtlich Belgiens ausnutzend, England zu einer aktiveren und mehr den preußisch-deutschen Interessen entsprechenden Politik auf dem Kontinent zu veranlassen. Bismarck sollte in dieser Weisung sogar drohend andeuten, daß Preußen sich in Zukunft vielleicht gezwungen fühlen werde, Frankreich in Belgien gewähren zu lassen, wenn Großbritannien auf der Politik der Enthaltung und Nichteinmischung beharren würde²¹. Übrigens, auch drei Jahre später, während des belgisch-französischen Eisenbahnkonflikts von 1869, sollte Bismarck versuchen, England zu zwingen, in der belgischen Frage gegen Frankreich Stellung zu nehmen²².

Da Bismarck bestrebt war, eventuelle französische Annexionsgelüste auf Belgien abzulenken, war es nicht erstaunlich, daß er sich in seinen Ende August geführten Verhandlungen mit Frankreich in der luxemburgischen Frage behilflich zeigte. Dabei sollte jedoch, so hob er in den Gesprächen mit Benedetti hervor, Frankreich die Initiative ergreifen. Wenn

19 Zur englischen Politik in der belgischen Frage: MILLMAN (wie Anm. 18) S. 37–45; Vgl. Klaus HILDEBRAND, Großbritannien und die deutsche Reichsgründung, in: KOLB (wie Anm. 11/1980) S. 9–62, hier: S. 20; S. 25; Peter ALTER, Weltmacht auf Distanz. Britische Außenpolitik 1860–1870, in: KOLB (wie Anm. 11/1987) S. 77–91, hier: S. 90f.

20 Dietrich BEYRAU, Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches, 1866–1870/71, Wiesbaden 1974, S. 54.

21 Die Auswärtige Politik Preußens 1858–1871: Diplomatische Akten, Hg. v. der Historischen Reichskommission, 10 Bde., Oldenburg 1931–1941, VIII., S. 299–303; S. 403–407; Bismarck (wie Anm. 10) VI., S. 230–233; Vgl. LADEMACHER (wie Anm. 16) S. 212f.

22 MILLMAN (wie Anm. 18) S. 140f.; Gordon A. CRAIG, Great Britain and the Belgian Railways Dispute of 1869, in: American Historical Review 50 (1945) S. 738–761, hier S. 756ff.

der niederländische König bereit sei, das Großherzogtum abzutreten, und die luxemburgische Bevölkerung den Wunsch zum Abzug der preußischen Garnison aus der Festung äußern würde, könnte Preußen auf des Garnisonsrecht verzichten. Die Abtretung des Großherzogtums an Frankreich könnte allerdings nur stattfinden, wenn die deutsche öffentliche Meinung und das deutsche Nationalgefühl genügend berücksichtigt würde²³.

Zwischen Paris und Berlin kam es als Folge der dilatorischen Haltung Bismarcks in den nächsten Monaten nicht zu weiteren Abmachungen in bezug auf Luxemburg. Allmählich nahm jedoch, wie sich bereits Anfang 1867 in der französischen Presse zeigte und auch Bismarck auffiel, die Unzufriedenheit in der französischen Bevölkerung über die vermeintliche Passivität der Regierung zu²⁴. Nachdem einige Monate ergebnislos vergangen waren, mußte die französische Regierung sich ganz für den Erwerb Luxemburgs einsetzen, zumal sie während der für März 1867 geplanten Debatten im Corps Législatif wieder mit vehementer Kritik rechnen mußte. Es war zu erwarten, daß die Opposition auch die als schwächlich empfundene Außenpolitik anprangern würde. Es zeigte sich, daß bei den Versuchen, Luxemburg zu erwerben, die zweite der in diesem Aufsatz erwähnten Zielsetzungen die Oberhand gewann: es ging für die französische Regierung vor allem darum, der öffentlichen Meinung zu zeigen, daß sie noch immer imstande sei, der preußischen Expansionspolitik entgegenzutreten. Während der Debatten, die Mitte März 1867 im Corps Législatif²⁵ stattfanden, gab die französische Regierung zu erkennen, daß es ihr Verdienst sei, daß Bismarck bisher den Schritt über den Main nicht gemacht habe. Von einer preußisch-französischen Freundschaft konnte danach auch kaum noch die Rede sein.

Inzwischen hatte die französische Regierung im Haag mit König Wilhelm III. und der niederländischen Regierung Verhandlungen eingeleitet. Eine Rolle spielte dabei, daß seit Mitte Februar Gerüchte über preußische Expansionswünsche kursierten. Diese Gerüchte bezogen sich vor allem auf die niederländische Provinz Limburg, die wie Luxemburg seit 1839 zum Deutschen Bund gehört hatte. Dabei gab die französische Regierung sich der Hoffnung hin, die niederländische Regierung, die, wie bekannt war, wenig Interesse an der Fortsetzung der Personalunion mit Luxemburg hatte, werde unter dem Eindruck dieser Gerüchte den König dazu drängen, sein Großherzogtum gegen eine finanzielle Kompensation an Frankreich abzutreten. Im Tausch würde Frankreich mit den Niederlanden einen Allianzvertrag, der natürlich stillschweigend auch den Niederlanden weiterhin den Besitz der Provinz Limburg garantieren sollte, abschließen. Diese Rechnung ging tatsächlich auf: am 26. März 1867 entschloß sich der niederländische König, von seinem Außenminister dazu veranlaßt, zur Abtretung des Großherzogtums an Frankreich²⁶, wobei er allerdings die Zustimmung der preußischen Regierung zur Bedingung machte.

Die französische Regierung war jedoch nicht mehr bereit, diese einzuholen und gab sich der Hoffnung hin, Preußen vor ein *Fait accompli* stellen zu können. Obwohl der französischen Regierung aus Berichten deutlich geworden war, daß die Mehrheit der luxemburgischen Bevölkerung keine Einverleibung in Frankreich wünschte und die Erhaltung des

23 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 87f.; S. 139f.

24 Lynn M. CASE, *French opinion on war and diplomacy during the Second Empire*, Philadelphia 1955, S. 226f.; Winfried RADEWAHN, *Die Pariser Presse und die deutsche Frage unter Berücksichtigung der französischen Pressepolitik im Zeitalter der Bismarckschen Reichsgründung (1866–1870/71)*, Frankfurt a.M., Bern, Las Vegas 1977, S. 177–184.

25 Zu den Verhandlungen im Corps Législatif: CASE (wie Anm. 24) S. 229f.; RADEWAHN (wie Anm. 24) S. 185–190.

26 Zu den französisch-niederländischen Verhandlungen: Algemeen Rijksarchief, Den Haag, Tweede Afdeling, BUZA 3486; *Origines diplomatiques* (wie Anm. 14) XV., S. 122ff.; C. A. TAMSE, *Niederland en België (1859–1871). De zelfstandigheidspolitiek van twee kleine staten*, Den Haag 1973, S. 62–72.

Status Quo bevorzugte²⁷, wurde ein hoher Beamter in der letzten Märzwoche nach Luxemburg geschickt und beauftragt, die Einverleibung vorzubereiten²⁸. Nach den vielen Gerüchten in bezug auf das Schicksal des Großherzogtums war es nicht erstaunlich, daß die Luxemburger verwirrt und verärgert auf diese letzten Entwicklungen reagierten. Aber auch die deutsche Öffentlichkeit, die sich schon einige Wochen über die Gerüchte einer bevorstehenden Einverleibung des Großherzogtums in Frankreich erregt hatte, reagierte gereizt und vor allem die Nationalliberalen, die diese Angelegenheit bereits in den letzten Wochen mit reger Aufmerksamkeit verfolgt hatten, spielten die Sache hoch²⁹. Am 30. und 31. März gab es zwischen Bismarck und konservativen Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags Überlegungen zu einer Interpellation in der luxemburgischen Frage. Nachdem Bismarck zu erkennen gegeben hatte, eine Interpellation von Seiten der Nationalliberalen vorzuziehen, wurde am 1. April vom Abgeordneten von Bennigsen eine Interpellation eingebracht³⁰, die Bismarck tatsächlich zu einer Stellungnahme zwang. Obwohl der preußische Regierungschef ziemlich beherrscht reagierte³¹, gab er doch deutlich zu erkennen, daß er eine Einverleibung des Großherzogtums nicht hinnehmen würde. Jetzt mußte damit gerechnet werden, daß Preußen Frankreich den Krieg erklären würde, wenn Frankreich die Einverleibung vollzöge.

Obwohl in erster Linie die französische Regierung für den Ausbruch der luxemburgischen Krise verantwortlich war, ist die Frage, inwiefern Bismarck sich wirklich Mühe gegeben hat, die Krise zu vermeiden, angebracht. Bismarck ist vorzuwerfen, daß er in der luxemburgischen Frage Frankreich gegenüber nie deutlich Stellung bezogen hat. In Gesprächen hat er oft die Verantwortung für die Krise dem niederländischen König und seinen Bestrebungen, in Berlin offiziell die Genehmigung zum Verkauf des Großherzogtums zu erlangen, zugeschoben. Am 9. April 1867 vertraute er jedoch von Bennigsen an, er habe nie eine Abtretung im Sinn gehabt und er habe Napoleon III. hinter das Licht geführt³². Die Behauptungen Bismarcks über die Möglichkeiten einer Allianzbildung mit Frankreich und eine Kompensationsleistung bleiben widersprüchlich³³. In späteren Gesprächen mit Diplomaten oder Politikern hat er abwechselnd versucht, sich entweder den Ruf eines Staatsmannes zu erwerben, mit dem sich unter Umständen auch ein Geschäft auf Kosten der Nationalinteressen machen ließ, oder aber den eines Fallenstellers, der den französischen Kaiser meisterhaft irregeführt hatte³⁴.

Der österreichische Kanzler Ferdinand von Beust zeigte sich helllichtiger als die französische Regierung, als er am 22. März von der bevorstehenden Abtretung des Großherzogtums vernahm, und bemerkte: »Le terrain sur lequel il s'agit de manœuvrer est excessive-

27 Berichte Jacquinots vom 5.3., 10.3 und 12.3.1867 und der Bericht Mahons vom 10.3.1867. In den Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris, MD Hollande Vol 149. Ich habe Kopien dieser Akten, die sich in den »Archives de l'Etat«, Luxemburg befinden, benutzt.

28 Bericht Paul de Boignes, vom 26.3.1867 (s.a. letzte Anmerkung); Emmanuel SERVAIS, *Le Grand-Duché de Luxembourg et le traité de Londres du 11 mai 1867*, Paris 1987, S. 109; Vgl. August COLLART, *Am Wege zur Unabhängigkeit Luxemburgs*, Luxemburg 1938, S. 385f.

29 Paul WENTZCKE, *Zur Naturgeschichte der Luxemburger Frage. Beiträge zur Kritik und zum Verständnis des deutschen Grenzwissens*, in: *Die Westmark. Rheinische Monatschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* 2 (1922) Nr. 12, S. 813–850.

30 Hermann ONCKEN, *Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren*, Stuttgart und Leipzig 1910, 2 Bde., II., S. 33ff.

31 BISMARCK (wie Anm. 10) X., S. 364–367.

32 ONCKEN (wie Anm. 30) II., S. 61.

33 BISMARCK (wie Anm. 10) VII., S. 181–195; insbesondere sind die Äußerungen in den Gesprächen, die der Minister mit von Friesen, von Unruh und von Bennigsen am 8. und am 10. April führte, widersprüchlich (Ebenda, 189–192); Andere Äußerungen Bismarcks zu seiner Politik in der luxemburgischen Frage: s. auch BECKER (wie Anm. 9) S. 420.

34 BECKER (wie Anm. 9) S. 420.

ment favorable à Mr. de Bismarck, le marché conclu de cabinet à cabinet sur une population censée jusqu'ici allemande, faisant partie du Zollverein, au profit de la caisse d'une maison princière – les Prussiens en possession d'une place forte ayant été considérée jusqu'ici comme un rempart de l'Allemagne, voilà certes de quoi échauffer toute l'Allemagne en cas de conflit³⁵. Beust war bis zum Sommer in Sachsen Regierungschef gewesen, war nach Abschluß des preußisch-österreichischen Krieges auf Betreiben Bismarcks dort entlassen worden und nahm erst seit kurzem als Regierungsleiter und Außenminister die Regierungsgeschäfte in Wien wahr. Sicherlich hatte er in dieser Situation eher für Frankreich als für Preussen Sympathien³⁶. Außerdem hoffte die österreichische Regierung in der europäischen Politik auf eine »entente constante« mit Paris. Beust war denn auch geneigt, Frankreich in der luxemburgischen Frage behilflich zu sein³⁷. Es ist bezeichnend, daß der österreichische Regierungschef, der in Deutschland als der fähigste Gegner Bismarcks galt, sich über die französische Politik in der luxemburgischen Frage so skeptisch äußerte.

Zunächst ist festzustellen, daß Bismarck in seinen Weisungen an Goltz, den preußischen Botschafter in Paris, zwar immer wieder hervorgehoben hat, daß er die Möglichkeit einer Abtretung des Großherzogtums nicht ausschließen wollte³⁸, daß allerdings die Bedingungen, die er zu dieser Abtretung stellte, kaum zu verwirklichen waren. Es ist schon mehrmals darauf hingewiesen worden, daß die französischen Bemühungen, Luxemburg zu erwerben, auf zwei Zielsetzungen basierten: einerseits auf den Plänen, in Zukunft im Einvernehmen mit der preußischen Regierung belgische Gebietsteile zu erwerben; und andererseits auf dem Bedürfnis, die innenpolitische Position des Kaisers zu verstärken. Während der Verhandlungen hatte die zweite Zielsetzung angesichts der wachsenden innenpolitischen Probleme der französischen Regierung immer mehr die Oberhand bekommen. Bismarck war, wie aus seinen Berichten an Goltz hervorgeht, davon überzeugt, daß die französische Regierung die Erwerbung des kleinen Grenzgebietes innenpolitisch nur ausnutzen könnte, wenn sie diese als einen der preußischen Regierung abgerungenen Erfolg darstellen könnte – womit natürlich die preußische Regierung nicht nur Prestigeverluste, sondern auch eine Entfremdung mit der deutschen Nationalbewegung riskieren würde. Daß unter der von Bismarck gestellten Bedingung – daß das deutsche Nationalgefühl keinen Grund zur Beunruhigung habe – eine Abtretung des Großherzogtums noch zu verwirklichen war, ist angesichts dieser Argumentation kaum vorstellbar. Dazu kam, daß Bismarck wußte, daß eine andere von ihm gestellte Bedingung, und zwar, daß der Wunsch zum Abzug der preußischen Garnison aus der Festung »aus dem Schoße der Bevölkerung« geäußert werde³⁹, kaum erfüllbar war, da die Bevölkerung eine Einverleibung durch Frankreich nicht wünschte und außerdem die luxemburgische Regierung bereits im September 1866 bei der preußischen Regierung den Antrag gestellt hatte, in einer neuen Konvention die Besatzung der Festung durch eine preußische Garnison festzulegen⁴⁰. Die preußische Regierung hatte auf diese Bitte übrigens nie reagiert. In diesem Sinne ist eine am 23. März von der preußischen Regierung ausgegangene Initiative jedoch bemerkenswert⁴¹. Der Kriegsminister von

35 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 254.

36 Zur Persönlichkeit Beusts: Heinrich POTTHOFF, Die deutsche Politik Beusts. Von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71, Bonn 1968, passim; Helmut RUMPLER, Die deutsche Politik des Freiherrn von Beust 1848–1850, Wien 1972, S. 15–36; Heinrich LUTZ, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches, Wien 1972, S. 20f.; S. 42–45; Vgl. Alan SKED, The Decline and Fall of the Habsburg Empire 1815–1918, London, New York 1989, S. 241f.

37 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 254; POTTHOFF (wie Anm. 36) S. 95f.

38 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 387ff.

39 Ibid., S. 388.

40 »Archives de l'Etat«, Luxemburg, G 48; Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 107f.

41 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 498f.

Roon erteilte dem Festungsgouverneur von Braunschitz die Weisung, dem luxemburgischen Regierungschef De Tornaco mündlich, und nicht im Namen der preußischen Regierung, mitzuteilen, »an dem augenblicklichen Status quo nicht zu rütteln« und keine Forderungen oder Anträge zum Abschluß einer Militärkonvention zu stellen. Nur auf diese Weise könne die preußische Regierung den Wünschen der luxemburgischen Bevölkerung zur Erhaltung des autonomen Status nachkommen. Die Mitteilungen des Kriegsministers an den Festungsgouverneur gingen dahin, daß eine Fortsetzung des Status Quo (Fortsetzung der preußischen Besatzung der Festung ohne eine offizielle Bestätigung durch eine neue Militärkonvention) die beste Garantie für die luxemburgische Unabhängigkeit sei. Diese Instruktion lehrt, daß die preußische Regierung kaum noch dazu neigte, die Garnison aus Luxemburg zurückzuziehen und damit die Annexion seitens Frankreichs zu ermöglichen.

Obwohl, wie hier gezeigt, die preußische Zustimmung zur Einverleibung des Großherzogtums in Frankreich kaum zu erwarten war, hat Bismarck sich bis zum Ende des Monats sehr zurückgehalten und erst am 30. März interveniert⁴². Eine große Mitverantwortung für den Ausbruch der Krise trug er sicherlich, da er erst sehr spät eingegriffen hat und bis zu diesem Zeitpunkt durch sein Stillschweigen die französische Regierung gewähren ließ. Als Goltz Ende März in Paris mitteilte, daß die preußische Regierung nach einer eventuellen Abtretung des Großherzogtums durch Wilhelm III. an Frankreich nicht ohne weiteres die Garnison aus der Festung zurückziehen würde, warf Moustier Bismarck vor, lediglich die Absicht verfolgt zu haben, Frankreich eine Falle zu stellen⁴³. Der Vorwurf der französischen Regierung, daß Bismarck in Wirklichkeit die französische Regierung angeregt habe, die Verhandlungen mit dem König-Großherzog zur Erwerbung des Großherzogtums fortzusetzen, ist hier zu prüfen. Ende Februar und Anfang März 1867 haben zwischen Bismarck und Benedetti mehrere Gespräche stattgefunden⁴⁴. Der französische Botschafter hatte bei diesen Gelegenheiten versucht, Bismarck dazu zu veranlassen, zu bestätigen, daß Preußen die Garnison aus der luxemburgischen Festung zurückziehen würde, sobald der König-Großherzog oder die luxemburgische Bevölkerung dies wünschen oder sobald der König-Großherzog das Großherzogtum an Frankreich abtreten würde. Benedetti hatte Bismarck ein zu diesem Ziel von Moustier hergestelltes Memorandum, das als Zusammenfassung der Ergebnisse der bisher geführten Verhandlungen gelten sollte, vorgelegt. In diesem Memorandum war nicht nur davon die Rede, daß Preußen nach einer Abtretung des Großherzogtums die Garnison zurückziehen sollte, sondern auch, daß Bismarck die Versuche der französischen Regierung, die niederländische Regierung zur Abtretung des Großherzogtums zu drängen, nicht als eine gegen Preußen gerichtete Tat betrachten würde. Bismarck würde es sogar, so wurde in dieser Denkschrift hervorgehoben, der französischen Regierung nicht verübeln, wenn Paris wegen des Zögerns der niederländischen Regierung, Luxemburg abzutreten, den Abschluß eines Bündnisses vorschlagen sollte, das die Niederlande gegen preußische oder deutsche Angriffe schützen sollte. Hier zeigt sich, daß Bismarck bereits am 8. März genau über die französischen Pläne, durch Verhandlungen mit den Niederlanden und durch den Abschluß eines französisch-niederländischen Vertrags Luxemburg zu erwerben, unterrichtet worden war. Von Bedeutung ist allerdings, daß der Botschafter die verschiedenen Äußerungen Bismarcks so interpretierte, als werde Bismarck gegen die Verhandlungen und gegen die Abtretung des Großherzogtums nichts

42 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 532.

43 Ibid., S. 552; Joseph Maria von RADOWITZ, Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz; 2 Bde.; Hg. v. Hajo HOLBORN, Berlin, Leipzig 1925, I., S. 136f.

44 Origines diplomatiques (wie Anm. 14) XV., S. 6–9; S. 38–41; Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 441f.; S. 448; FLETCHER (wie Anm. 7) S. 162ff.

einwenden und nach Abschluß dieser Verhandlungen die preußische Garnison aus Luxemburg zurückziehen. Es waren die optimistischen Berichte des Botschafters, die die französische Regierung dazu veranlaßten, weiterhin mit dem niederländischen König über Luxemburg zu verhandeln.

Bismarck hat diese Interpretation Benedettis der mit ihm geführten Gespräche in einem Schreiben an Goltz zwar zurückgewiesen. Es ist jedoch bemerkenswert, daß Bismarck sehr lange, bis zum 21. März, darauf verzichtet hat, der französischen Regierung mitzuteilen, daß Benedetti seine Äußerungen falsch interpretiert habe. Nachdem Goltz am 15. März seinen Regierungschef um die Erlaubnis gebeten hatte, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, lehnte Bismarck es am 21. März (d.h. mindestens zwei Wochen nachdem die Gespräche stattgefunden hatten) ab, schriftlich auf das Memorandum Moustiers zu reagieren, und beschränkte sich darauf, Goltz zu bitten, die französische Regierung darauf hinzuweisen, daß Preußen im Falle einer Vereinbarung zwischen dem König-Großherzog und Napoleon III. nicht ohne weiteres die Garnison zurückziehen könne⁴⁵. Der Text dieser Anweisung war, verglichen mit anderen Instruktionen Bismarcks, sehr unverbindlich. Auffallend ist, daß Bismarck diese wichtige Anweisung Goltz nicht durch ein Telegramm mitteilte, was angesichts der Tatsache, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und der niederländischen Regierung inzwischen sehr weit vorangekommen waren, wohl naheliegend gewesen wäre. Die Folge war, daß Goltz und der Legationsrat Radowitz die französische Regierung erst am 24. März auf die Ansichten der preußischen Regierung hinwiesen⁴⁶. Aus diesem Vorgang könnte schon geschlossen werden, daß es Bismarck inzwischen angenehm war, daß die französische Regierung weiterhin versuchte, Luxemburg zu erwerben. Auf jeden Fall hätte er mehr unternehmen können, um eine Krise zu verhindern.

Außerdem ist die Frage berechtigt, ob Bismarck durch sein Verhalten und insbesondere in seinen Gesprächen mit Benedetti nicht die französische Regierung zu sehr ermutigt hat, weiterhin den Erwerb Luxemburgs anzustreben. Dagegen ist vielleicht einzuwenden, daß der französische Botschafter und sein Außenminister in ihrem Wunsch, die Annexion des Großherzogtums endlich herbeizuführen, die Hinweise, daß eine Abtretung des Großherzogtums an Frankreich unter gewissen Umständen nicht auszuschließen wäre, mit Absicht so interpretiert haben, als werde Bismarck die Einverleibung des Großherzogtums ohne weiteres hinnehmen. Daß jedoch Bismarck in seinen Gesprächen mit Benedetti sehr weit gegangen ist und auch wirklich den Eindruck erweckt hat, die Abtretung des Großherzogtums wahrscheinlich hinzunehmen, wird durch eine andere Tatsache bestätigt. Am 29. März verzichtete Bismarck in einem Gespräch mit dem niederländischen Gesandten Van Bylandt darauf, sich über die luxemburgische Angelegenheit auszusprechen. Er erklärte, er »wolle nicht wissen, ob eine luxemburgische Frage zwischen dem Großherzog und der französischen Regierung schwebt«; deswegen könne er auch nicht mitteilen, wie die preußische Regierung sich in diesem Fall verhalten würde. Nach diesem Gespräch hatte Van Bylandt trotzdem den Eindruck, daß Bismarck im Grunde genommen die Abtretung des Großherzogtums an Frankreich begrüßte⁴⁷. Im Gegensatz zu Benedetti war Van Bylandt nicht bestrebt, die Abtretung des Großherzogtums gegen den Willen der preußischen Regierung herbeizuführen, und aus diesem Grund keineswegs geneigt, Äußerungen des Ministers in optimistischem Sinne zu interpretieren. Daß Bismarck bei dem niederländischen Gesandten den gleichen Eindruck wie bei Benedetti erweckte, macht die Vermutung des französischen Außenministers wahrscheinlich, Bismarck wolle, ohne sich formell

45 *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 476–478; S. 496.

46 RADOWITZ (wie Anm. 43) S. 136.

47 Bylandt an Van Zuylen, am 29.4.1867 und am 30.4.1867, Algemeen Rijksarchief, Den Haag, Tweede Afdeling, BUZA 3486.

festzulegen, die französische Regierung ermutigen, weiterhin den Erwerb des Großherzogtums anzustreben.

Bis Ende Februar hatte Bismarck versucht, eine Entscheidung in der luxemburgischen Frage hinauszuzögern. Aus den hier angeführten Tatsachen geht jedoch hervor, daß Bismarck im März nicht mehr alles auf eine Karte gesetzt hat, um den Ausbruch einer Krise zu verhindern. Obwohl deutlich war, daß die Abtretung des Großherzogtums an Frankreich kaum durchzuführen war, und daß es damit zwischen Berlin und Paris mit Sicherheit zu einer Krise kommen würde, hat er darauf verzichtet, den französischen Bemühungen, um Luxemburg zu erwerben, entgegenzutreten. Dabei ist noch zu bemerken, daß es im März Bismarck noch nicht an Mitteln gefehlt hat, um eine Krise zu verhindern. Im Februar hatte Goltz bereits vorgeschlagen, auf Luxemburg als Kompensationsobjekt zu verzichten und zu versuchen, die Beziehungen zwischen Paris und Berlin mit anderen Mitteln, z. B. durch Abschluß eines Freundschaftsvertrags oder durch den Entschluß, die Bundesfestungen zu schleifen⁴⁸, zu bessern. Derartige Vorschläge hat Bismarck allerdings abgelehnt.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Bismarck oft die Verantwortung für die Krise dem niederländischen König und seinen Bestrebungen, in Berlin offiziell die Genehmigung zum Verkauf des Großherzogtums zu erlangen, zugeschoben hat. Daß Bismarck eine Einverleibung des Großherzogtums in Frankreich hingenommen hätte, wenn er nicht in offizieller Weise vom Vorhaben des niederländischen Königs in Kenntnis gesetzt worden wäre, ist allerdings angesichts der Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit unwahrscheinlich. Bereits am 15. März schrieb Goltz, der wohl besser als andere Diplomaten in der Lage war, die Entwicklungen in der luxemburgischen Frage zu beurteilen, an Bismarck, es sei »ein beispielloser Leichtsinns von seiten des Pariser Kabinetts, wenn es sich ohne unsere vorherige förmliche Zustimmung in den Besitz von Luxemburg setzen wollte. Es kann sich nicht verhehlen, daß, wenn wir hinterdrein diese Zustimmung, respektive die Verzichtleistung auf das Besatzungsrecht (welche für uns, solange der König von Holland Souverän des Großherzogtums ist, leichter sein dürfte als dem Kaiser Napoleon als seinem Rechtsnachfolger gegenüber) verweigern, ihm nur die Wahl zwischen einer schweren politischen Niederlage und dem Kriege bleibt. Letzteren muß der Kaiser zu vermeiden wünschen, da er, wie Eure Exzellenz dies aus dem Bericht des Oberstleutnant Freiherrn v. Loë ersehen werden, im laufenden Jahre höchstens nur 235 000 Mann, wovon die Hälfte unvollständig ausgebildete Rekruten, aufstellen kann«⁴⁹. Es war jedoch gerade dieses Verfahren, die Abtretung des Großherzogtums ohne Miteinbeziehung der preussischen Regierung stattfinden zu lassen, das Bismarck sowohl der französischen als auch der niederländischen Regierung empfahl.

Daß die Aufregung in Deutschland über die bevorstehende Abtretung für Bismarck als eine Überraschung kam, ist höchst unwahrscheinlich. Auf jeden Fall war ihm die ablehnende Meinung des Königs und mehrerer Generale schon längst bekannt⁵⁰. Es gibt außerdem mehrere Hinweise, daß spätestens seit dem 30. März Bismarck eine nationale Erregung wünschte. Von Bennigsen schrieb seiner Frau, daß die Aufregung unter den Reichstagsabgeordneten groß war, und daß Bismarck »sich gerne drängen« ließ⁵¹. Bemerkenswert ist es auch, daß Bismarck in bezug auf Bemühungen der »preussischen Partei« in Württemberg, dort eine Aufregung wegen Luxemburg zu schüren, dem Gesandten in Stuttgart schrieb: »Die Sache ist uns nicht zuwider, aber Sie dürfen sich dort gegen niemand in diesem Sinne äußern«⁵². Die hier angeführten Tatsachen zeigen, daß Bismarck einer diplomatischen Krise nicht mehr aus dem Weg gehen wollte.

48 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 375 ff.

49 Ibid., S. 477.

50 Ibid., S. 316 f.; RADOWITZ (wie Anm. 43) I., S. 115 f., 119, 134 und 136.

51 ONCKEN (wie Anm. 30) II., S. 34.

52 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 531.

Gegen diese Interpretation ist vielleicht einzuwenden, daß Bismarck am 31. März die französische Regierung plötzlich ersuchte, in Hinblick auf die deutsche öffentliche Meinung auf die Einverleibung des Großherzogtums einstweilen zu verzichten und diese erst später vorzunehmen⁵³. Diese an die französische Regierung gerichtete Bitte war eine Reaktion auf ein Telegramm des Botschafters in Paris vom 30. März⁵⁴. Goltz teilte in diesem Bericht mit, daß inzwischen Moustier und Benedetti den Kaiser aus innenpolitischen Gründen zu einem Krieg drängten. Die Interpellation der Nationalliberalen und die Reaktion Bismarcks, die einer Ablehnung der Einverleibung Luxemburgs gleichkommen würde, waren allerdings bereits geplant⁵⁵. Auch im Falle eines Beschlusses der französischen Regierung, auf die Einverleibung des Großherzogtums einstweilen zu verzichten, hätte Bismarck in dieser Situation mit Sicherheit einen diplomatischen Erfolg errungen.

Aus diesen Überlegungen geht allerdings auch hervor, daß Bismarck eine Aufregung des deutschen Nationalgefühls oder eine diplomatische Krise zwar wünschte, einen Krieg allerdings vermeiden wollte, wie sich mit seinem Versuch zeigte, am 31. März doch noch eine andere Lösung der bevorstehenden Krise zu suchen⁵⁶. Diese Vermutung wird dadurch bestätigt, daß Bismarck, wie aus einem Schreiben vom 15. Februar an Goltz hervorgeht, längere Zeit (wahrscheinlich bis zum 30. März) damit rechnete, daß es bei einem Bruch in den preußisch-französischen Beziehungen nicht sofort zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen würde⁵⁷. Wie im nächsten Teil zu zeigen ist, war diese Einschätzung der internationalen Lage richtig. Es ist anzunehmen, daß Bismarck angesichts der Mitteilungen und Informationen von Sachverständigen⁵⁸ zu der Überzeugung gekommen war, daß die französische Armee ungenügend gerüstet war und deswegen Napoleon III. vor einem Krieg zurückschrecken würde. In Frankreich wurde seit dem Sommer von 1866, nachdem Napoleon III. auf eine militärische Intervention in Deutschland verzichtet hatte, nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit weitgehender Heeresreformen hervorgehoben. Zu wirklichen Reformen war es bisher als Folge des Widerstandes des Corps Législativ allerdings noch nicht gekommen⁵⁹. Napoleon III. war denn auch kaum im Stande, wie Bismarck auch den Berichten des Militärattachés von Loë⁶⁰ entnehmen konnte, für einen Krieg gegen Preußen genügend Truppen zu mobilisieren.

Die Tatsache, daß Bismarck einer Konfrontation mit Frankreich nicht aus dem Weg gehen wollte, läßt sich vor allem mit der preußisch-deutschen Innenpolitik erklären. Bereits am 15. Februar hatte Bismarck Goltz mitgeteilt, daß »durch die Anregung des Nationalgefühls die rasche Konsolidierung unserer Verhältnisse in Deutschland und damit unsere eigene Stellung nur erleichtert und, wenn wir in den Fall kommen, uns auf dieses Nationalgefühl zu stützen, verstärkt werden kann«⁶¹. Es war deutlich daß er durch eine nationalpolitisch geprägte Politik die Nationalliberalen an sich zu binden versuchte (was übrigens nicht bedeutet, daß er zu diesem Zeitpunkt wirklich eine kleindeutsche Einigung her-

53 *Origines diplomatiques* (wie Anm. 14) XV., S. 209f. (Telegramm Benedettis an Moustier, am 31.3.1867).

54 *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 532ff.

55 BISMARCK (wie Anm. 10) VI., S. 327f.

56 Vgl. BISMARCK (wie Anm. 10) VII., S. 186f.

57 *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 387f.

58 Der Militärattaché bei der preußischen Botschaft in Paris, von Loë, berichtete ausführlich über die Lage der französischen Armee, E. ANN POTTINGER, *Napoleon III. and the German Crisis 1865–1866*, Cambridge/Massachusetts 1966, S. 224.

59 Michael HOWARD, *The Franco-Prussian War. The German invasion of France, 1870–1871*, London 1961, S. 29–33; William ECHARD (Hg.), *Historical Dictionary of the French Second Empire 1852–1870*, London 1985, S. 21–23.

60 POTTINGER (wie Anm. 58) S. 192–201; S. 224.

61 BISMARCK (wie Anm. 10) VI., S. 263 f.; *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 394.

beiführen wollte). In Berlin wurde nach Ausbruch der Krise die Vermutung ausgesprochen, daß die plötzlich ablehnende Haltung nicht nur auf die von Bismarck »vorgeschnittene öffentliche Meinung des übrigen Deutschlands«, sondern auch auf das Bedürfnis, »um jeden Preis zu einem schließlichen Einverständnis mit der Majorität des Reichstages über den ihm unterbreiteten Verfassungsentwurf zu gelangen«, zurückzuführen war, und daß der preußische Ministerpräsident die Unterstützung der Nationalliberalen nur bekommen würde, wenn er Frankreich gegenüber eine energische Haltung einnehmen würde⁶². Es trifft zwar nicht zu, daß, wie von mehreren Historikern vor allem in bezug auf den Kriegsausbruch von 1870⁶³ oder 1914 behauptet worden ist, Spannungen in der preußischen Innenpolitik, z.B. zwischen Konservativen und Liberalen, im März 1867 eine Flucht nach vorne notwendig machten. Die innenpolitische Position des preußischen Regierungschefs war Anfang 1867, gerade weil er als der Sieger von Königgrätz galt, relativ stark. Das hatte sich bereits genügend herausgestellt während der Beratungen des preußischen Landtags im Herbst 1866, als die Mehrheit der Liberalen (die spätere Nationalliberale Partei) die von der Regierung in den letzten Jahren vorgenommenen Militärausgaben, die den Anlaß für den preußischen Verfassungskonflikt (1862–1866) dargestellt hatten, mit Rückwirkung genehmigt hatte⁶⁴.

Es gab allerdings eine Vielzahl innenpolitischer Probleme. Der Verfassungsentwurf, den Bismarck Ende 1866 für den Norddeutschen Bund erstellt hatte, wies vor allem in bezug auf den Platz, den der Reichstag in den Entscheidungsprozessen des Norddeutschen Bundes einnehmen sollte, wichtige Lücken auf⁶⁵. Ob der Norddeutsche Bund sich als ein Staatenbund oder als ein Bundesstaat entwickeln würde, war bis Ende März 1867 ungewiß. Selbstverständlich war der preußische Ministerpräsident bestrebt, seinen politischen Einfluß in Preußen-Deutschland zu behalten. Dabei blieb es allerdings bis Ende März undeutlich, ob dieser Einfluß, wie Bismarck in seinem ursprünglichen Verfassungsentwurf vorgesehen hatte, nur durch die Hegemonie Preußens in einem lockeren Staatenbund gesichert sein sollte, oder ob, wie sich schließlich mit der am 27. März vereinbarten Lex Bennigsen herausstellte⁶⁶, dieser auch in der Verfassung durch die Festlegung der Verantwortung des Bundeskanzlers gegenüber dem Reichstag – womit im politischen System nicht nur der Einfluß des Reichstages, sondern auch der Einfluß des Bundeskanzlers erheblich vergrößert wurde – bestätigt werden sollte. Während der Debatten, die zur Vereinbarung der »Lex Bennigsen« geführt haben, ist übrigens, gegen den Wunsch der Liberalen, vereinbart worden, daß zwar der Bundeskanzler dem Reichstag gegenüber verantwortlich sein sollte, daß es jedoch keine anderen Minister geben sollte. Dadurch wurde der Bundeskanzler in

62 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 616f.

63 Vgl. BECKER (wie Anm. 5).

64 Heinrich August WINKLER, *Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1979, S. 33f.; James J. SHEEHAN, *German Liberalism in the nineteenth century*, Chicago und London 1978, S. 123–137; Klaus-Erich POLLMANN, *Der Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870*, Düsseldorf 1985, S. 31–37; S. 513f.; Dieter LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988, S. 104ff.; Wolfgang J. MOMMSEN, *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt a.M. 1990, S. 39–65; Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 2 Bde., hier Bd. II: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 34–39.

65 Zur Stellung des Bundeskanzlers und zum Zustandekommen der Lex Bennigsen: BECKER (wie Anm. 9) S. 388–398; Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, 7 Bde., Stuttgart 1957–1984, III., S. 658–661; POLLMAN (wie Anm. 64) S. 231–241. Mit Recht hat Wolfgang MOMMSEN auf den »dilatorischen Herrschaftskompromiß« zwischen den preußisch-konservativen Schichten und den deutsch-liberalen Schichten hingewiesen, s. MOMMSEN (wie Anm. 63) S. 39–65.

66 BECKER (wie Anm. 9) S. 388–398; HUBER (wie Anm. 65) S. 658–661; POLLMAN (wie Anm. 64) S. 231–241.

eine zentrale Position gestellt. Die ›Lex Bennigsen‹ ist zwar noch vor dem Ausbruch der luxemburgischen Krise zustande gekommen. Daß die Verhandlungen in diesem schwierigen Punkt so rasch zu einem Ergebnis geführt haben, hatte allerdings Bismarck nicht vorher wissen können und aus diesem Grund hat er wahrscheinlich die Möglichkeit, daß eine Krise die Verhandlungen zu dieser Frage beschleunigen würde, nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall stellte sich mit diesen Debatten schnell heraus, wie schwierig es war, mit dem Reichstag in innenpolitischen Fragen zu einem Kompromiß zu kommen. In dieser Beziehung war es denn auch von Bedeutung, daß nach Ausbruch der luxemburgischen Krise die Verhandlungen zu der Frage des Militärbudgets, und insbesondere zur Frage, welche Kompetenzen der Reichstag in dieser Angelegenheit ausüben sollte, noch auf der Tagesordnung standen⁶⁷. Hier handelte es sich wieder um das Thema der preußischen Verfassungskämpfe der Jahre 1862 bis 1866. Die Militärdebatten sollten erst im April, wie noch darzulegen ist, abgeschlossen werden. In den nächsten Wochen sollten, wie ebenfalls im folgenden Teil zu zeigen ist, die deutschen innenpolitischen Verhältnisse die Entscheidungen der preußischen Regierung weitgehend mitbestimmen.

Neben den spezifischen Problemen bezüglich der Rolle und Position Bismarcks im Norddeutschen Bund und der Frage des Militärbudgets war auch aus anderen Gründen schon längst deutlich, daß das Ergebnis der Verfassungsberatungen vor allem vom Prestige des preußischen Regierungschefs abhing. Zurecht ist mehrmals festgestellt worden, daß das im April zustande gekommene politische System des Norddeutschen Bundes (und des späteren Kaiserreichs) sehr kompliziert war und vor allem funktionierte, da der Bundeskanzler über das notwendige Prestige verfügte⁶⁸. Wie sehr das preußisch-norddeutsche Verfassungssystem einen Kompromiß bildete zwischen dem preußischen innenpolitischen System, das den konservativen Oberschichten immer ihre Stellung gewährleistet hatte, und dem noch zu errichtenden norddeutschen Staatenbund, der sich, wie die Liberalen wünschten, vielleicht in Zukunft in unitarischem und liberal-demokratischem Sinne entwickeln könnte, zeigte sich daran, daß Bismarck nicht nur mit dem im Februar eröffneten konstituierenden Reichstag die Verhandlungen führte, sondern seit Dezember 1866 auch

67 Zu Budgetrecht und Militäretat: POLLMANN (wie Anm. 64) S. 241–251; DERS., Heeresverfassung und Militärkosten im preußisch-deutschen Verfassungsstaat 1860–1868, in: Jost DÜLFFER (Hg.), Parlamentarische und öffentliche Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700–1970, Düsseldorf 1992 (Beiträge zur historischen Friedensforschung) S. 45–61; Michael STÜRMER, Militärkonflikt und Bismarckstaat. Zur Bedeutung der Reichsmilitärgesetze 1874–1890, in: Gerhart A. RITTER, Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 232; Außerdem zur Militärdebatte: HUBER (wie Anm. 65) III., S. 663 f.

68 Wolfgang SAUER, Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: Helmut BÖHME (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit, 1848–1979, Köln, Berlin 1968, S. 448–479, hier S. 469; WEHLER (wie Anm. 2/1973) S. 60–69; STÜRMER, Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974, S. 29–38; S. 322–333; Hans BOLDT, Deutscher Konservatismus und Bismarckreich, in: Michael STÜRMER (Hg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918, Düsseldorf 1970, S. 119–142; Hans BOLDT, Deutscher Konstitutionalismus und Kaiserreich, in: KUNISCH (wie Anm. 8), S. 83–101, vor allem S. 110; Elisabeth FEHRENBACH, Bonapartismus und Konservatismus in Bismarcks Politik, in: Karl HAMMER, Peter Claus HARTMANN (Hg.), Der Bonapartismus. Historisches Phänomen und politischer Mythos, München 1977 (Beihefte der Francia, 6) S. 39–55, hier S. 49; Wolfgang J. MOMMSEN, Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck. 1850 bis 1890, Berlin 1993, S. 188 f. und S. 333–353, vor allem S. 346 f.; Hans-Ulrich WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. III: Von der Deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849–1914, München 1995, S. 313 f.; S. 361; S. 386; Vgl. S. 368–376; Vgl. Otto PFLANZE, Bismarck and the development of Germany, III: The Period of Fortification 1880–1892, Princeton 1990, S. 436–441.

mit den Regierungen der Staaten, die dem Norddeutschen Bund beitreten sollten. Das Ziel dieser Verhandlungen war es, zwischen allen Regierungen der norddeutschen Staaten einen Vertrag abzuschließen, der bestimmte, daß, wenn es zwischen Bismarck und dem Reichstag nicht zu einem Ergebnis kommen würde, die Regierungen den Verfassungsentwurf durch Oktroyierung in den eigenen Staaten in Kraft setzen sollten⁶⁹. Erst am 31. März ist zwischen Preußen, Sachsen, Weimar und Hessen ein Vertrag abgeschlossen worden. Diesem Vertrag sollten im nächsten Monat noch andere norddeutsche Regierungen beitreten. Für unsere Überlegungen ist von Bedeutung, daß die Verhandlungen Bismarcks mit den norddeutschen Regierungen zeigen, daß der preußische Ministerpräsident erwogen hat, die Regierungen der Einzelstaaten und den Reichstag gegeneinander auszuspielen. Auch hier zeigt sich wieder, welche zentrale Rolle Bismarck in den Verhandlungen spielte, und daß sein persönliches Prestige von größter Bedeutung für ein Gelingen der Verfassungsberatungen war. Es war deutlich, daß eine sicher überwundene Krise dieses Prestige weiter verstärken würde⁷⁰. Es ist daher nicht erstaunlich, wenn Bismarck spätestens in der zweiten Märzhälfte darauf verzichtet hat, die bevorstehende Krise mit Frankreich zu verhindern, und sogar das Risiko eines Krieges hingenommen hat.

Neben den innenpolitischen Problemen mußte Bismarck sich jedoch auch mit den Beziehungen zu den süddeutschen Staaten beschäftigen. Bismarck versuchte, diese Staaten in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht abhängiger vom Norddeutschen Bund zu machen. Auf jeden Fall war er bestrebt, den bisherigen Zollverein, der fast alle nord- und süddeutschen Staaten umfasste, mit einem Zollparlament zu versehen. Die bayerische Regierung begrüßte zwar eine festere Zusammenarbeit zwischen Nord- und Süddeutschland, lehnte jedoch die Bildung eines gemeinsamen Zollparlaments ab. Sie zog die Bildung einer lockeren Föderation zwischen den süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bund vor. Die bayerische Regierung beabsichtigte, zunächst die süddeutschen Staaten zu einem gemeinsamen Standpunkt zu veranlassen, und erst nachher mit Preußen über einen weiteren Bund zu verhandeln. Am 21. März teilte der bayerische Regierungschef Hohenlohe Bismarck seine Ansichten zu einer weiteren Gestaltung der Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland mit⁷¹. Obwohl die Problematik der süddeutschen Frage zu diesem Zeitpunkt weniger im Vordergrund stand, und außerdem angesichts der propreußischen Haltung der Regierung des Großherzogtums Baden es für Hohenlohe äußerst schwierig war, seine Pläne durchzusetzen, ist es wahrscheinlich, daß Bismarck auch in Hinblick auf die weitere Gestaltung der Beziehungen zu Süddeutschland einige nationale Aufregung wünschte.

Eine letzte Bemerkung betrifft das Verhältnis des preußischen Regierungschefs zu den Nationalliberalen. Diese Gruppierung wünschte die kleindeutsche Einigung. Bismarck dagegen war angesichts der völlig anders gearteten Verfassungsstrukturen der konstitutionellen süddeutschen Staaten⁷² zunächst bestrebt, den Norddeutschen Bund innenpolitisch zu konsolidieren⁷³. Mehrere Abgeordnete hatten zunächst, während der Beratungen des konstituierenden Reichstags im Februar und März, sehr deutlich ihre Enttäuschung über die Beschränkung des Bundes auf Norddeutschland und über den Ausschluß der süddeutschen Staaten gezeigt. In der zweiten Märzhälfte war es allerdings zu einer Annäherung

69 Zu diesen Verhandlungen: BECKER (wie Anm. 9) S. 382–387; Vgl. POLLMANN (wie Anm. 64) S. 173.

70 Vgl. POLLMANN (wie Anm. 64) S. 256.

71 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 225–228.

72 Zu den innenpolitischen Entwicklungen der süddeutschen Staaten in den Jahren 1866–1870: Wolf D. GRUNER, Bismarck, die süddeutschen Staaten, das Ende des Deutschen Bundes und die Gründung des preußisch-kleindeutschen Reiches 1862–1871, in: DERS., Deutschland Mitte in Europa, Hamburg 1992, S. 294–286.

73 Vgl. Lothar GALL, Bismarcks Süddeutschlandpolitik 1866–1870, in: KOLB (wie Anm. 11/1987) S. 23–32.

zwischen Bismarck und den Nationalliberalen gekommen, nachdem Bismarck im Reichstag am 11. und am 18. März die bisher geheimgehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse bekannt gegeben hatte. Diese Zusammenarbeit wurde am 30. März noch weiter verstärkt, als mehrere Reichstagsmitglieder sich mit Bismarck auf die bevorstehende Interpellation in der luxemburgischen Frage einigten. Bismarck versuchte in seiner Antwort auf die Interpellation Bennigsens die Nationalliberalen noch mehr an sich zu binden, indem er hervorhob, daß er es als seine Aufgabe betrachtete, alle deutschen Interessen zu verteidigen. Obwohl diese Aussage sich in erster Linie auf das als deutsch geltende Großherzogtum Luxemburg bezog, war es deutlich daß sie auch für die Interessen der süddeutschen Staaten zutraf. Es war nicht erstaunlich, daß die Nationalliberalen begeistert auf die Antwort Bismarcks reagierten. Diese Gruppierung sollte sich in den nächsten Wochen, während der Krise, in ihrer Kritik an Bismarcks Politik in der deutschen Frage auch sehr zurückhalten.

III

Nachdem Bismarck und der Norddeutsche Reichstag sich am 1. April 1867 plötzlich gegen die Einverleibung Luxemburgs durch Frankreich ausgesprochen hatten, mußte mit einem Krieg gerechnet werden. Trotzdem ist fraglich, ob die Kriegsbegeisterung auf beiden Seiten wirklich groß war. In Frankreich war die öffentliche Meinung seit Königgrätz zwar erbittert über die preußischen Erfolge, die Bevölkerung zeigte allerdings überraschend wenig Bereitschaft, wirklich in den Krieg zu ziehen. Außerdem war die französische Armee schlecht vorbereitet, und wurde deswegen auch nicht mobilisiert⁷⁴. Moustier, Benedetti und mehrere Generale zeigten sich sehr enttäuscht und erregt. Trotzdem gab der Außenminister bereits am 8. April im Corps Législatif eine Erklärung ab, aus der der Wille sprach, den Frieden zu erhalten. Goltz sprach von einer Periode der Beruhigung und des Stillstandes⁷⁵. Vor allem die regierungsnahen Presse zeigte sich, wahrscheinlich auf Anordnung des Kaisers, sehr beherrscht und gemäßigt⁷⁶.

Auch in Berlin war die Kriegsstimmung geringer, als Bismarck im Ausland mitteilen ließ⁷⁷. Groß war aber die Aufregung über die Tatsache, daß Frankreich es auf das Großherzogtum abgesehen hatte. Diese bezog sich allerdings kaum auf das Schicksal der 200 000 Luxemburger. Für oppositionelle Gruppierungen bildete die luxemburgische Frage den Ansatzpunkt zu einer heftigen Kritik an Bismarck, den man als mitverantwortlich betrachtete. Die Rheinlandkatholiken verdächtigten Bismarck, mit Absicht die luxemburgischen Katholiken an Frankreich zu opfern. In Süddeutschland sahen die großdeutsch-partikularistisch Orientierten die bevorstehende Abtretung des Großherzogtums als einen Beweis, daß es dem norddeutschen Bundeskanzler lediglich um die Verteidigung preußischer Machtinteressen ging. Für Gerlach und die preußischen Altkonservativen war die Angelegenheit ein neuer Beweis, daß Bismarcks Politik im Grunde genommen skrupellos und gewissenlos sei. Radikale und Demokraten lehnten die bevorstehende Abtretung als eine verwerfliche Abmachung der zwei ›Caesaren‹ Napoleon III. und Bismarck ab. Die Erregung im Lager der Bismarckgegner diente eher der Kritik an der preußischen Politik, als der Hervorrufung eines Krieges⁷⁸. Die wirkliche Kriegsbegeisterung hielt sich denn auch in Grenzen. Die süddeutschen Regierungen mußten Bismarck mitteilen, daß die Bevölkerung ihrer Staaten nicht bereit war, wegen Luxemburg die Waffen zu ergreifen. Zwei Versuche

74 Zur Kriegsbegeisterung an französischer Seite: CASE (wie Anm. 24), S. 215–240; insbes. S. 232f.

75 Origines diplomatiques (wie Anm. 14) S. 324; ONCKEN (wie Anm. 12) S. 301–303.

76 RADEWAHN (wie Anm. 24) S. 197f.

77 Wimpffen an Beust, am 3. 4. 1867, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, PA III, 95.

78 Zur nationalen Aufregung an deutscher Seite vor allem: Josef BECKER, Zur Resonanz der Luxemburger Krise in der deutschen Öffentlichkeit, in: POIDEVIN, TRAUSSCH (wie Anm. 13) S. 147–162.

des Nationalvereins, in Württemberg wegen der luxemburgischen Frage und der damit verbundenen deutschnationalen Ehre zu öffentlichen Protesten aufzurufen, scheiterten am mangelnden Interesse bei der Bevölkerung⁷⁹. Der sächsische Ministerpräsident Friesen sollte während der Krise erklären, nachdem er in Berlin mit Bismarck über die sächsische Aufstellung in der luxemburgischen Frage verhandelt hatte, daß die Besorgnisse vor der Kriegsgefahr in Berlin nicht so lebhaft seien, wie die Zeitungen sie darstellten⁸⁰.

Seit dem 30. März verkündete Bismarck seine Ansicht, daß Luxemburg genauso wie Belgien unter der Garantie der Vertragsmächte von 1839 stehe. Dem österreichischen Gesandten Wimpffen gegenüber vertrat er die Ansicht, daß die luxemburgische Frage »vor dem Areopag sämtlicher Theilnehmer an den Verträgen von 1839« gebracht werden sollte, und daß die Berufung eines Kongresses vielleicht einen Ausweg aus der Krise bieten würde⁸¹. In London ließ er außerdem mitteilen, daß mit Luxemburg auch Belgien in Gefahr sei, und daß deswegen die Vertragsmächte von 1839 sich mit der luxemburgischen Frage beschäftigen sollten. Die englische Reaktion war enttäuschend für Bismarck: Stanley teilte mit, daß die öffentliche Meinung sich für Belgien vielleicht mobilisieren ließe, für Luxemburg allerdings nicht⁸². In Wirklichkeit war Außenminister Stanley nicht so unbekümmert, wie er sich in Gesprächen mit dem preußischen Gesandten zeigte, und beauftragte Cowley, den englischen Gesandten in Paris, von Napoleon III. die Versicherung, daß Frankreich es nicht auf Belgien abgesehen habe, zu bekommen⁸³.

Napoleon III. zeigte sich in einem Gespräch mit Cowley, das am 7. April stattfand, entgegenkommend. Cowley meinte daraufhin daß die Krise durch eine Konferenz der Großmächte behoben werden könnte. Die Lösung der luxemburgischen Frage sei die Neutralisierung des Großherzogtums. In diesem Fall sei für die Erhaltung des Friedens die Ausschließung jeder fremden Garnison und die Entwaffnung der Festung notwendig⁸⁴. Stanley, der inzwischen zu dem Schluß gekommen war, daß Frankreich die luxemburgische Festung bei eventuellen Plänen zur Annexion Belgiens gut benutzen könnte, zeigte sich über diesen Vorschlag zufrieden. Allerdings war er sehr besorgt, von dem englischen Prinzip der Nichteinmischung in kontinentale Angelegenheiten abzuweichen und nicht bereit, die Verantwortung für die Einberufung der Konferenz auf sich zu nehmen⁸⁵.

Es war nun auffallend daß Bismarck auf die Neutralitätslösung, die schließlich im Mai beschlossen werden sollte, nicht sofort eingehen wollte⁸⁶. Sehr empfindlich zeigte er sich über die Zumutung, daß Preußen auf das Garnisonsrecht verzichten sollte. Es war unübersehbar, daß er wenig Interesse an den englischen Vermittlungsversuchen zeigte. Bismarck verhielt sich am 13. April bei einem Gespräch mit dem englischen Botschafter Loftus wenig entgegenkommend. Eine Konferenz über die luxemburgische Frage habe er, so teilte er mit, nicht gewünscht. Es handele sich auch gar nicht um eine luxemburgische Frage, sondern um die Tatsache, daß in Frankreich die öffentliche Meinung andauernd auf einen Krieg dränge. Der Friede sei nicht durch eine Regelung über Luxemburg zu lösen, sondern

79 Ibid.; vor allem in Württemberg war die Kriegsbegeisterung gering: Dieter LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung*, Düsseldorf 1974, S. 394.

80 Werner an Beust, am 13. 4. 1867, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, PA V, Nr. 35.

81 Wimpffen an Beust, am 31. 3. 1867 und am 3. 4. 1867, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, PA III, Nr. 95.

82 *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 574.

83 M.R.D. FOOT, *Great Britain and Luxemburg*, in: *English Historical Review* 67 (1952) S. 352–379, hier S. 362.

84 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 301 f.

85 MILLMAN (wie Anm. 18) S. 70 f.

86 *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 637; ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 302.

lediglich durch eine europäische Koalition, die sich im Kriegsfall gegen Frankreich wenden würde. Bismarck war bestrebt, England und Frankreich zu entzweien. Er wies darauf hin, daß Belgien genauso wie Luxemburg in Gefahr sei. Loftus gab die Meinung des Ministerpräsidenten genau wieder: »If the position of Luxembourg has no interest for you to defend it, neither has Belgium the smallest interest for us; it would not concern us if France were to annex the southern provinces of Belgium giving to Holland the Flemish Provinces«. Wenn England in bezug auf Luxemburg keine festeren Verpflichtungen eingehen würde und trotzdem von Preußen den Verzicht auf das Garnisonsrecht verlangen würde, so würde er sich vielleicht gezwungen fühlen, Belgien an Frankreich zu überlassen, und damit auf diese Weise die französische Kriegsstimmung zu besänftigen⁸⁷.

Wie stark Bismarck daran interessiert war, England und Frankreich durch die belgische Frage zu entzweien, zeigte sich auch daran, wie er auf einen Vermittlungsvorschlag der österreichischen Regierung reagierte. Am 8. April schlug der österreichische Regierungschef Beust zwei Kompromißlösungen vor:

1. Luxemburg sollte mit Holland in Personalunion verbunden bleiben und Preußen würde die Festung räumen; und
2. Luxemburg sollte von Belgien einverleibt werden. In diesem Fall sollte allerdings Belgien die Grenzgebiete, die von Frankreich 1815 an Belgien abgetreten waren, wieder an Frankreich zurückgeben.

Beide Vorschläge sahen übrigens die Schleifung der Festung Luxemburgs vor⁸⁸. Wahrscheinlich sind die beiden Lösungen bereits in Paris in Gesprächen zwischen Diplomaten entwickelt und von Beust, der am 8. April ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Gramont hatte und Frankreich gerne einen Gefallen tun wollte, übernommen worden⁸⁹. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Beust im Zusammenhang mit der österreichischen Niederlage vom Sommer 1866 eher für Paris als für Berlin Sympathien hatte. Der zweite Vorschlag diente dazu, der französischen Regierung durch die Grenzkorrektur doch noch entgegenzukommen.

Bismarck reagierte auf den österreichischen Vermittlungsversuch, der am 12. April in einer langen Unterredung zwischen dem norddeutschen Bundeskanzler und dem österreichischen Botschafter Wimpffen in Berlin erörtert wurden⁹⁰, begeistert. Wie aus dem Bericht des Gesandten hervorgeht, wurde der erste Vorschlag kaum erwogen. Um so mehr zeigte der Bundeskanzler sich an dem zweiten Vorschlag interessiert. Eine Einverleibung Luxemburgs durch Belgien würde das strategische Gebiet des Großherzogtums dem Schutz der von allen Großmächten und vor allem von England garantierten belgischen Neutralität unterstellen. Hiermit wäre, so teilte Bismarck dem österreichischen Gesandten am 12. April mit, eine Lösung gefunden, die auf jeden Fall den deutschen Sicherheitsinteressen genügend Rechnung trug⁹¹. Außerdem teilte Bismarck die Meinung des österreichischen Botschafters, daß durch die Abtretung belgischer Grenzgebiete an Frankreich diesem Staat »eine goldene Brücke« gebaut wurde⁹².

Es ist allerdings höchst zweifelhaft, ob Bismarck aufrichtig gewesen ist, als er diesem österreichischen Vorschlag zustimmte. Die Vermutung, daß Bismarck die Verhandlungen in der luxemburgischen Frage noch hinziehen wollte, wird dadurch bestätigt, daß am nächsten Tag, am 13. April, das bereits erwähnte Gespräch mit dem englischen Botschafter stattfand. In diesem Gespräch vertrat Bismarck die Meinung, daß eine Lösung der Krise

87 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21), VIII., S. 649ff.

88 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 301.

89 E. BEYENS, *Le Second Empire vu par un diplomate belge*, 2 Bde., Paris 1926, II., S. 226f.

90 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 643f.

91 Vgl. Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 644; S. 697f.

92 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 667.

nicht in Sicht sei, und daß Napoleon III. aus innenpolitischen Gründen gezwungen sei, einen Krieg herbeizuführen. Statt die österreichischen Vermittlungsvorschläge zu erwähnen, wies Bismarck Loftus darauf hin, daß Frankreich es auf Belgien abgesehen habe. Daß Bismarck den österreichischen Vorschlag, der die Einverleibung belgischer Gebietsteile in Frankreich beinhaltete, befürwortete, zeigt, daß er noch immer bemüht war, Frankreich zu Annexionsversuchen in belgischer Richtung zu ermuntern – wahrscheinlich mit dem Ziel, London und Paris zu entzweien.

Zunächst begrüßte Napoleon III. den Vorschlag, der den Austausch des Großherzogtums mit belgischen Grenzgebieten vorsah⁹³. Auch der Außenminister Moustier reagierte erfreut, zumal er in dieser Lösung große Vorteile erblickte: »Nous pourrions par exemple nous faire céder Philippeville et le Duché de Bouillon, idée que nous suggère M. le Baron de Beust, et obtenir une union douanière entre la France et la Belgique. Mais il semble qu'il saurait peut-être quelque utilité à ne pas raser la forteresse, et à la confier aux Belges comme protection de leur neutralité vis-à-vis de l'Allemagne«⁹⁴. Luxemburg bekam wieder die Rolle, die Rouher dem Großherzogtum im September 1866 so deutlich zugedacht hatte: die luxemburgische Frage diene einer französischen Einflußnahme in Belgien. Die englische Regierung lehnte eine Rektifikation der belgisch-französischen Grenze entschieden ab. Der englische Botschafter in Paris betrachtete die zweite österreichische Kompromißlösung als unrealistisch, und er konnte Stanley, der über diesen Vorschlag zunächst sehr günstig gestimmt war, davon überzeugen, daß eine Einverleibung belgischer Grenzgebiete durch Frankreich die Annexionsgelüste Napoleons III. auf Belgien weiter vergrößern würde⁹⁵. Auch die französische Regierung ist, wahrscheinlich unter Einfluß des englischen Gesandten, sehr schnell zu der Einsicht gekommen, daß England und Belgien den Vorschlag einer Rektifikation der belgischen Grenze nie akzeptieren würden. Für Napoleon III., der vor einem Krieg mit Preußen zurückschrack, war es inzwischen wichtig geworden, gerade im Einvernehmen mit England eine Lösung zu finden und dadurch auf ehrenvolle Weise aus der Krise herauszukommen⁹⁶.

In Wien, Paris, London und St. Petersburg ging man davon aus, daß Bismarck die Lösung, die Belgien in einen Gebietsaustausch einbezog, als die beste und einzige betrachtete. Gerade diese Tatsache führte zu einer weiteren Entzweigung zwischen Frankreich und England einerseits, und Preußen andererseits. Die englische Regierung betrachtete inzwischen nicht Napoleon III. sondern Bismarck als den Störenfried. Königin Victoria, die übrigens eher deutsch- als französischfreundlich gesinnt war, machte sich um Belgien ernsthaft Sorge und drängte ihren indolenten Außenminister, nun endlich etwas zu unternehmen. Zwischen Großbritannien und Frankreich bahnte sich allmählich eine Zusammenarbeit an. Durch den englischen Botschafter Cowley gedrängt, ließ Napoleon III. am 19. April in Berlin mitteilen, daß er gegen preußische Verzichtleistung auf das Garnisonsrecht bereit sei, über den ersten österreichischen Vermittlungsvorschlag zu verhandeln. Am gleichen Tag drängte auch die englische Regierung die preußische Regierung, auf das französische Angebot einzugehen⁹⁷.

Es ist hier zu untersuchen, ob Bismarck nun wirklich lediglich mit dem Ziel, England und Frankreich zu entzweien, versucht hat, die Krise zu verlängern. Bismarck konnte die Krise sehr gut für seine innenpolitischen Probleme ausnutzen. Gerade in diesen Tagen fanden die langwierigen Verhandlungen im Reichstag über die Militärgesetzgebung (vor allem

93 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 334.

94 Origines diplomatiques (wie Anm. 14) XV., S. 369.

95 FOOT (wie Anm. 83) S. 367.

96 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 318, S. 335.

97 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 705–707; ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 340–343; MILLMAN (wie Anm. 19) S. 75–78.

über die Präsenzzeit und das Militärbudget) statt⁹⁸. Diese Verhandlungen sollten erst am 16. April zu einem Ergebnis führen. Wimpffen, der österreichische Gesandte in Berlin, berichtete seiner Regierung am 8. April über den Zusammenhang zwischen der äußeren Kriegsgefahr und den innenpolitischen Schwierigkeiten sehr ausführlich⁹⁹. Der Kriegsminister von Roon hatte, wie Wimpffen mitteilte, während der Verhandlungen erklärt, daß er »ein fixes Militärbudget für alle Zeiten« entschieden vorziehe und daß er wohl daran gedacht hatte, »daß der preußischen Regierung nicht immer solche Trümpfe, wie die süd-deutschen Verträge und die luxemburgische Frage zu Gebote stehen durften«¹⁰⁰.

Am 10. April hatte Bismarck eine längere Besprechung mit von Bennigsen, von Unruh und von Forckenbeck, die den vom Kriegsminister von Roon ausgearbeiteten Entwurf amendieren wollten. Diese drei Reichstagsabgeordneten gehörten zur Nationalliberalen Fraktion, und vor allem die beiden letzten gehörten zu einer mehr fortschrittlichen Strömung, die sich wenig geneigt zeigte, dem von Bismarck dem Reichstag vorgelegten Verfassungsentwurf zuzustimmen. Erst nach drei Stunden konnten der Bundeskanzler und die drei Mitglieder sich auf eine endgültige Fassung einigen. Bei diesen Gesprächen mußte Bismarck sich plötzlich zum Beschützer der deutschen Nation aufwerfen. Nach dem Gespräch war von Bennigsen überzeugt, daß Bismarck nie Befürworter einer Abtretung Luxemburgs an Frankreich gewesen war und die Verhandlungen mit Frankreich lediglich mit dem Ziel geführt habe, Napoleon III. hinter das Licht zu führen. Die drei, die in der nationalliberalen Fraktion viel Ansehen genossen, waren jetzt von der nationalen Gesinnung des Bundeskanzlers überzeugt und ihre Mitarbeit war für Bismarck von größter Bedeutung¹⁰¹.

Die Beratungen des konstituierenden Reichstages wurden erst am 17. April abgeschlossen. Bismarck einigte sich schließlich mit der Opposition der Nationalliberalen auf einen Kompromiß. Die Verhandlungen über die Friedenspräsenzstärke und das Militärbudget hatten am 16. April zu einem Ergebnis geführt, das für den König annehmbar war; allerdings war dabei auch vereinbart worden, daß nach 1871 neue Verhandlungen über die Militärgesetzgebung geführt werden sollten. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte der Reichstag nur über sehr beschränkte Befugnisse in Militärfragen verfügen¹⁰².

Daß die Krise für Bismarck vor allem eine innenpolitische Funktion hatte, und die Kriegsgefahr in Wirklichkeit nicht so groß war, zeigte sich daran, daß er nach Abschluß der Verfassungsberatungen am nächsten Tag (18. April) das unternahm, was man von einem Regierungschef eines Landes, das sich nach Meinung der meisten Beteiligten fast im Kriegszustand befand, wohl nicht erwarten würde: er verließ Berlin und blieb bis zum 24. April in Varzin in Hinterpommern. Am 18. April schrieb er allerdings noch seinem Botschafter in St. Petersburg, Reuss, daß er weder eine Neutralisierung des Großherzogtums noch eine Eingliederung des Großherzogtums in Belgien ablehne und in beiden Fällen auch bereit sei, auf das preußische Garnisonsrecht zu verzichten; daß allerdings nicht vorauszusehen sei, wie die öffentliche Meinung in Deutschland dies aufnehmen würde, und er sich deswegen noch nicht zu diesem Schritt entscheiden könne¹⁰³. Es war zum ersten Mal, daß er sich ausführlich zu einer Lösung der Krise äußerte, und es war auch zum ersten Mal, daß er die Neutralisierung des Großherzogtums als eine der Lösungen der Krise in Betracht ziehen wollte.

98 HUBER (wie Anm. 65), III., S. 663f.; STÜRMER (wie Anm. 67) S. 232; DERS. (wie Anm. 68/1974) S. 65–72.

99 Wimpffen an Beust, am 8. 4. 1867, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, PA III, 95.

100 Ibid.

101 BISMARCK (wie Anm. 10) VII., S. 191f.

102 STÜRMER (wie Anm. 67) S. 231–234; HUBER (wie Anm. 67) III., S. 663f.

103 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 696–699.

Was Bismarcks Initiative betraf, sind zwei Punkte bemerkenswert. Erstens berücksichtigte er noch immer die öffentliche Meinung, und zweitens war es nicht die englische oder die österreichische, sondern die russische Regierung, an die er sich wandte und die damit die Rolle eines Vermittlers auf sich nehmen konnte.

Daß Bismarck der öffentlichen Meinung noch die Gelegenheit geben wollte, sich im Meinungsstreit zu erschöpfen, läßt sich u.a. dadurch erklären, daß er es sich nicht leisten konnte, sofort nach Abschluß der Reichstagsverhandlungen in der luxemburgischen Frage nachzugeben. Es war allerdings vor allem die öffentliche Meinung in Süddeutschland, die er berücksichtigen mußte: ein deutlicher Zusammenhang zwischen seiner Politik in der luxemburgischen Frage und den Problemen der preußisch-norddeutschen Innenpolitik hätte vor allem die großdeutsch orientierten Gruppierungen in Süddeutschland in ihrer Befürchtung bestärkt, daß der preußische Regierungschef lediglich preußische Machtpolitik betreibe und sich um die Interessen der deutschen Nation nicht kümmern wolle. Dieser Eindruck hätte in den süddeutschen Staaten die Position der Gegner der preußischen Politik zweifelsohne verstärkt.

Was die süddeutsche Frage anbetraf, hatte Bismarck bereits kurz nach Ausbruch der Krise, am 3. April, seinem Gesandten in München telegraphiert: »Jedenfalls sollten wir beide den günstigen Einfluß des Inzidenzfalls auf Konsolidierung der nationalen Sache nach Kräften ausbeuten«¹⁰⁴. Die Kriegsstimmung wußte er so zu instrumentalisieren, daß die süddeutschen Staaten in militärischer Hinsicht von Preußen abhängiger wurden. Während der Krise stellte sich heraus, daß die süddeutschen Staaten schlecht auf einen Krieg vorbereitet waren. Aufgrund dieser Tatsache mußten in Stuttgart zwei antipreußische Regierungsmitglieder zurücktreten. Das württembergische Wehrsystem wurde sofort an das preußische System angeglichen. Eine Folge dieser Entwicklungen war, daß es immer schwieriger wurde, die Pläne, die es bisher unter den süddeutschen Regierungen zur Bildung eines internationalen unabhängigen Südbundes gegeben hatte (wie beim Frieden von Prag vom 23. August 1866 ausdrücklich als Möglichkeit erwähnt), zu realisieren¹⁰⁵.

Die Miteinbeziehung der süddeutschen Staaten in die luxemburgische Krise hatte allerdings wiederum zur Folge, daß auch Österreich während der Krise eine wichtige Rolle spielte. Am 31. März hatte der bayerische Regierungschef bereits hervorgehoben, wie wichtig es sei, auch Österreich in ein Bündnis zwischen Nord- und Süddeutschland einzu beziehen¹⁰⁶. Es ist bemerkenswert, daß Bismarck während der Krise alles darauf setzte, eine Allianz mit Wien herbeizuführen¹⁰⁷. Der bayerische Diplomat Tauffkirchen besuchte im Auftrag seiner Regierung am 13. April Berlin und vom 16. April bis zum 21. April Wien mit der Absicht, über die Möglichkeiten einer preußisch-österreichischen Zusammenarbeit zu sondieren. Bismarcks Bemühungen dienten nicht nur dem Zweck, zu verhindern, daß Österreich aus Rachegefühl in bezug auf die Niederlage von Königgrätz Frankreich unterstützen würde, sondern auch dem Ziel, durch eine Parteinahme der Donaumonarchie auch die großdeutsch orientierten Gruppierungen in Süddeutschland zu einer Unterstützung der preußischen Politik zu veranlassen. Aus diesem Grund wurde der österreichischen

104 Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, 2 Bde., Stuttgart und Leipzig 1907, I., S. 224.

105 Wolf D. GRUNER, Bayern, Preußen und die süddeutschen Staaten 1866–1870, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 37 (1974) S. 799–818, vor allem S. 806–821; Rolf WILHELM, Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund, Husum 1978, S. 46f.; Hartwig BRANDT, Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987, S. 752.

106 Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst (wie Anm. 104) I., S. 220.

107 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 559, S. 599f., S. 643–647, S. 858–662, S. 667–670; S. 680–690; S. 700–705; S. 723–726; Zu diesen Verhandlungen vor allem: POTTHOFF (wie Anm. 36) S. 95–141; LUTZ (wie Anm. 36) S. 62–73.

Regierung wiederholt der »Wiedereintritt in Deutschland« angeboten, wobei höchst un- deutlich war, was dieser Wiedereintritt beinhalten sollte.

Auf die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich werde ich hier nicht ausführlich eingehen können. Bismarck gab sich der Hoffnung hin, durch das Angebot einer Garantie der österreichischen Interessen in Südosteuropa Wien zu einem Bündnis umstimmen zu können. Da er sich jedoch nicht mit Rußland verfeinden¹⁰⁸, sondern diesen Staat in eine gegen Frankreich gerichtete Koalition miteinbeziehen wollte, schlug Bismarck ein kompliziertes Bündnissystem vor, das ihm zwar die Unterstützung von Österreich und Rußland in der luxemburgischen Frage garantieren sollte, allerdings wegen der entgegengesetzten Interessen von Wien und St. Petersburg in Südosteuropa kaum zu verwirklichen war. Die preußisch-österreichisch-russische Allianz, die Bismarck vorschwebte, erinnert an das komplizierte Bündnissystem, das Bismarck nach 1879 zwischen Berlin, Wien und St. Petersburg zustande bringen sollte. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß Bismarck sich Illusionen gemacht hat, dieses widersprüchliche »System der Aushilfen«¹⁰⁹ innerhalb von einem Monat durchführen zu können. Wahrscheinlich hat es sich in seinen Verhandlungen mit der russischen und der österreichischen Regierung nur um eine Taktik gehandelt, die eine Annäherung einer der beiden Staaten zu Frankreich verhindern sollte.

Es muß noch gezeigt werden, aus welchem Grund Bismarck am 18. April der russischen, und nicht der englischen oder der österreichischen Regierung, seine Ansichten zur luxemburgischen Frage mitteilte. Daß der preußische Regierungschef die englische Regierung nicht als Vermittler heranziehen wollte, läßt sich dadurch erklären, daß er über die geringe Neigung der englischen Regierung, wegen Belgien gegen Frankreich vorzugehen, enttäuscht war. Was die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin anbetraf, hatte sich immer mehr herausgestellt, daß, während Bismarck versuchte, der Donaumanarchie als deutschem Staat ein Bündnis aufzudrängen, Beust vor allem bestrebt war, zwischen Paris und Berlin zu vermitteln. Die österreichische Regierung gab sich der Hoffnung hin, durch eine erfolgreiche Vermittlung das Ansehen der Donaumonarchie in Deutschland wieder zu vergrößern¹¹⁰. Gerade aus diesem Grund mußte Bismarck verhindern, daß Wien als Vermittler tätig würde. Dabei ist schließlich noch zu bemerken, daß die preußischen Beziehungen zu Rußland zwar nicht ungetrübt, allerdings verglichen mit den Beziehungen zu den anderen Großmächten relativ gut waren. Bismarck betrachtete Rußland, nicht nur wegen der gemeinsamen Interessen in der polnischen Frage, sondern auch wegen der Tatsache, daß die russische Regierung vor allem bestrebt war, den Einfluß in Südosteuropa zu vergrößern und deswegen an der deutschen Frage relativ wenig Interesse zeigte, als eine befreundete Macht¹¹¹.

Nach dem 19. April stellte sich allmählich heraus, daß weder Österreich noch Rußland auf Bismarcks Bündnisvorschläge eingehen wollten. Beide Staaten blieben weiterhin an der Fortsetzung guter Beziehungen zu Frankreich interessiert. Inzwischen waren die Regierungen in London, Wien und St. Petersburg seiner Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland überdrüssig. Sehr deutlich sprach sich Gortschakow aus, als er in Berlin mitteilen ließ, »man verstehe in Rußland sehr wohl, was das Nationalgefühl sei, und wisse dies sehr wohl zu respektieren. Ein Staatsmann indessen, in welchen die Nation Vertrauen setzte, müsse auch manchmal seine eigenen erleuchteten Ansichten über das Natio-

108 Zu den Verhandlungen mit Rußland: *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 555f., S. 598f., S. 611, S. 627–629, S. 634f., S. 648f., S. 661; S. 670f., S. 690–692; S. 694–699; BEYRAU (wie Anm. 20) vor allem S. 72–75.

109 GALL (wie Anm. 4) S. 87.

110 *Auswärtige Politik Preußens* (wie Anm. 21) VIII., S. 669; POTTHOFF (wie Anm. 36) S. 115.

111 BISMARCK (wie Anm. 10) VI., S. 268f; Vgl. Eberhard KOLB, *Rußland und die Gründung des Norddeutschen Bundes*, in: Richard DIETRICH, *Europa und der Norddeutsche Bund*, Berlin 1968, S. 183–219, hier S. 210; BEYRAU (wie Anm. 20) S. 62.

nalgefühl setzen, welches leicht beweglich (sei), doch auch zuweilen sich täuschen könnte.«¹¹² Beust hatte inzwischen dem preußischen Gesandten gegenüber die Ansicht vertreten, daß die preußische Regierung »ganz in der Lage wäre, das Nationalgefühl zu leiten und sich nicht davon beherrschen zu lassen«. Zynisch hatte er hinzugefügt: »Nach den Erfahrungen, die er (=Beust) in den letzten Jahren über öffentliche Meinung in Deutschland gemacht hatte und so wie Eure Exzellenz (=Bismarck) dieselbe früher zu beurteilen pflegte, dürfe man dem deutschen Nationalgefühl nicht zu unbedingt Rechnung tragen«¹¹³. Auch Königin Victoria griff am 22. April zur Feder, um an den preußischen König »ein paar Worte« zu richten. Die Königin versuchte König Wilhelm deutlich zu machen, daß Frankreich inzwischen lediglich den Rückzug der preußischen Garnison aus Luxemburg verlange, daß inzwischen der Friede in Europa ernstlich gefährdet sei und daß es doch auch ihm ein schmerzliches Gefühl sein müßte, »wenn die Welt mit Recht Preußen die Schuld zuschieben könnte«¹¹⁴.

Die preußische Regierung wurde von allen Seiten gedrängt nachzugeben. Als Bismarck am 24. April aus seinem Urlaub zurückkehrte, teilte er zunächst der russischen Regierung, und einen Tag später den Regierungen der übrigen Großmächte mit, daß er auf einen Vorschlag der russischen Regierung eingehen wollte, um eine Konferenz nach London einzuberufen und dort die Neutralisierung des Großherzogtums und den Abzug der preußischen Garnison aus der Festung zu beschließen¹¹⁵. Obwohl damit noch nicht alle Schwierigkeiten behoben waren und es zwischen Paris und Berlin in den nächsten Wochen noch zu mehreren Auseinandersetzungen kommen sollte¹¹⁶, war hiermit der Weg aus der Krise gefunden. Bei der Londoner Konferenz, die vom 5. bis zum 11. Mai tagte, wurde die Neutralisierung des Großherzogtums und der Abzug der preußischen Garnison beschlossen.

IV

Damit stellt sich erneut das Problem, inwiefern die Politik, die Bismarck in der luxemburgischen Frage verfolgt hat, von innenpolitischen Motiven bestimmt worden ist. Mehrere Historiker haben gemeint, die luxemburgische Frage bilde den Punkt, an dem Bismarck von Kabinettpolitik auf Nationalpolitik überging¹¹⁷. Daß er nach Ausbruch der Krise diese auch zur Intensivierung einer Zusammenarbeit zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten ausnutzen wollte, lag auf der Hand. Vor allem die württembergische Regierung fühlte sich wegen der Kriegsgefahr eingeschüchtert und sollte sich mehr und mehr nach den Wünschen der preußischen Regierung richten. Es ist nicht unmöglich, daß Bismarck sich der Hoffnung hingeeben hat, daß die Krise die süddeutschen Staaten zu einer festeren Zusammenarbeit mit dem Norddeutschen Bund veranlassen würde. In diesem Sinne zeigte allerdings die Krise, daß die Möglichkeiten zu einer Einigungspolitik zu diesem Zeitpunkt noch gering waren: trotz der Kriegsgefahr ist weder von seiten der Regierungen der zwei süddeutschen Königreiche, noch in großen Teilen der süddeutschen Bevölkerung der Wunsch zum Eintritt in den Norddeutschen Bund oder zur Gründung eines kleindeutschen Nationalstaates geäußert worden¹¹⁸. In diesem Aufsatz haben

112 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 720.

113 Ibid., S. 682.

114 ONCKEN (wie Anm. 12) II., S. 351.

115 Auswärtige Politik Preußens (wie Anm. 21) VIII., S. 735–738.

116 FOOT (wie Anm. 83) S. 370–379.

117 Zum Beispiel: Walter BUSSMANN, *Das Zeitalter Bismarcks*, Frankfurt a.M. 1956 (Handbuch der deutschen Geschichte, neu hg. v. Leo JUST, Bd. 3, Teil 2,4) S. 108.

118 Vgl. LANGEWIESCHE (wie Anm. 79) S. 394; WILHELM (wie Anm. 105) S. 65–68; Otto PFLANZE, *Bismarck and the development of Germany, I. The Period of Unification, 1815–1871*, Princeton 1990, S. 387f.

wir darauf hingewiesen, daß nach Abschluß der Krise die Bildung eines international unabhängigen Südbundes kaum mehr zu verwirklichen war. Daß es jedoch diese Bestrebungen der süddeutschen Regierungen waren, die Bismarck in der zweiten Märzhälfte dazu veranlaßten, einer Krise nicht mehr aus dem Weg zu gehen und vielmehr die Konfrontation mit Frankreich zu suchen, scheint mir nicht wahrscheinlich. Es waren vor allem die Probleme der preußisch-norddeutschen Innenpolitik, und vor allem die Verhandlungen mit dem konstituierenden norddeutschen Reichstag zur Position des Bundeskanzlers und zur Militärfrage, die ihn damals am meisten beschäftigten.

Es ist auffallend, daß Bismarck nicht lange nach Abschluß der Krise seinen Wunsch zur Errichtung eines Zollparlaments durchsetzen konnte. Im Juni stimmten die württembergische und die bayerische Regierung diesem Vorschlag zu. Damit liegt die Vermutung nahe, daß Bismarck mit der Absicht einer wirtschaftlichen Einigung die luxemburgische Krise heraufbeschworen und verlängert habe. Daß Bayern und Württemberg sich auch den preußischen Wünschen zur Errichtung des Zollparlamentes gefügt hätten, wenn die Krise nicht stattgefunden hätte, war allerdings angesichts der wirtschaftlichen Verflechtung mit Norddeutschland sehr wahrscheinlich. Vor allem in Württemberg waren auch die anti-preußisch orientierten Kräfte innerhalb der Industrie der Meinung, daß das Königreich auf den Zollverein angewiesen war. Als Bismarck im Juni 1867 drohte, die Zollvereinsverträge eventuell zu kündigen gaben die süddeutschen Regierungen wohl sehr schnell nach¹¹⁹. In wieweit die Krise diese Entwicklung beschleunigt hat, ist deswegen kaum festzustellen.

Mit der luxemburgischen Frage hat Bismarck auf jeden Fall die Absicht verfolgt, durch eine national orientierte Politik die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Nationalliberalen zu verstärken. Obwohl die Behauptung, er habe aus innenpolitischen Gründen im März 1867 versucht, den Krieg herbeizuführen, zu weit gehen würde, hat Bismarck auf Grund der innenpolitischen Lage das Risiko eines Krieges bewußt in Kauf genommen. Was die Beratungen zur Verfassung des Norddeutschen Bundes anbetraf, die übrigens für das spätere Kaiserreich bis 1918 bestimmend sein sollte, hat die Kriegsstimmung wichtige Prozesse beschleunigt. Wie gezeigt und von mehreren Mitgliedern des konstituierenden Reichstags bestätigt worden ist¹²⁰, fühlten Bismarck und der Reichstag sich gerade im Zusammenhang mit der Kriegsdrohung gedrängt, in den Verhandlungen zur Militärgesetzgebung so schnell wie möglich einen Kompromiß zu erzielen. Es war daher auch nicht erstaunlich, daß sich Bismarck, nachdem der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes dem Ergebnis der Verfassungsberatungen am 17. April 1867 zugestimmt hatte, und damit der Norddeutsche Bund gegründet worden war, bereit zeigte, in der luxemburgischen Frage eine Lösung herbeizuführen. Für seine innenpolitische Position in Preußen-Norddeutschland hat Bismarck denn auch die Krise mit Erfolg ausgenutzt. In den nächsten Jahren sollten die Nationalliberalen sich vor allem mit Gesetzgebung auf wirtschaftlichem und rechtspolitischem Gebiet befassen, und sich nicht in Fragen der Außen- und Militärpolitik einmischen¹²¹.

119 LANGEWIESCHE (wie Anm. 79) S. 436–441; Artur WEINMANN, Reform der württembergischen Innenpolitik in den Jahren der Reichsgründung 1866–1871. Die Innenpolitik als Instrument der Selbstbehauptung des Landes, Göppingen 1971, S. 44–47; Jochen SCHMIDT, Bayern und das Zollparlament. Politik und Wirtschaft im den letzten Jahren vor der Reichsgründung (1866–1870), München 1973, S. 26–82, insbesondere S. 54–56; 372; Vgl. Wolfgang ZORN, Bayerns Gewerbe, Handel und Verkehr (1806–1970), in: Max SPINDLER (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte IV/2, München 1975, S. 782–845, S. 794–807.

120 BECKER (wie Anm. 9) S. 412.

121 Vgl. POLLMANN (wie Anm. 64), passim, vor allem S. 502, 513; Shlomo NA'AMAN, Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, Düsseldorf 1987, S. 286f.; S. 290f.

Das eingangs erwähnte Zitat Burckhardts verweist auf bonapartistische Aspekte in der Politik Bismarcks. Eine wissenschaftliche Umschreibung des Bonapartismus als ein bestimmtes Herrschaftssystem ist höchst problematisch¹²². Wenn wir allerdings einen mehr intuitiven Ansatz heranziehen und nur von bonapartistischen Herrschaftstechniken sprechen¹²³, kann Bismarcks Politik in der luxemburgischen Frage in diesem Sinne gedeutet werden.

122 Vgl. PFLANZE (wie Anm. 4); Lothar Gall, Bismarck und der Bonapartismus, in: *Historische Zeitschrift* 223 (1976); HAMMER, HARTMANN (wie Anm. 68), vgl. insbesondere die Aufsätze von Alan MITCHELL und Elisabeth FEHRENBACH; MOMMSEN (wie Anm. 64) S. 40; Wolfram SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871*, Frankfurt 1990, S. 294–297.

123 Vgl. FEHRENBACH (wie Anm. 68); SIEMANN (wie Anm. 122) S. 297.